

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Vom Amerikanischen Hypothekenmarkt
zu den Österreichischen KMU. Förderinstrumente in
Zeiten der Krise“

Verfasserin

Katharina Luger

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, im September 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer/Betreuerin:

157
Internationale Betriebswirtschaft
Univ.-Prof. Dr. Burcin Yurtoglu

Für Papa

Inhaltsverzeichnis

1	Abkürzungsverzeichnis	3
2	Einleitung	5
2.1	Zum Betrachtungszeitraum	5
2.2	Aufbau der Arbeit	6
3	Teil 1: Von der Entstehung und den Auswirkungen der Finanzkrise	7
3.1	Entstehung der Finanzkrise	8
3.1.1	Boom auf dem amerikanischen Immobilienmarkt	8
3.1.2	Special Purpose Vehicles und Mortgage Backed Securities	10
3.1.3	Die Vergabe von Subprime-Krediten	11
3.1.4	Collateralized Mortgage Obligations und Rating	12
3.1.5	Ein System an der Kippe	13
3.2	Auswirkungen auf die Realwirtschaft	14
3.2.1	Auswirkungen Weltweit	15
3.2.2	Auswirkungen innerhalb der EU	18
3.2.3	Auswirkungen Österreich - Wie die Krise Österreich betrifft	18
3.2.3.1	Inflation	19
3.2.3.2	Arbeitslosenrate	20
3.2.3.3	Konsumaufwand	20
3.2.3.4	Defizit	21
3.2.3.5	Ausblick	21
3.2.4	Auswirkungen auf österreichische KMU	24
3.2.4.1	Angaben zur Geschäftslage	24
3.2.4.2	Auftragseingänge	25
3.2.4.3	Umsatzentwicklung	25
3.2.4.4	Umsatzerwartungen	26
3.2.4.5	Investitionen	27
3.2.4.6	Ertragslage	28
3.2.4.7	Eigenkapital	29
3.2.4.8	Finanzierungsbedingungen	29
3.2.4.9	Insolvenzen	30
3.2.4.10	Resümee	30
4	Teil 2: Steckbrief: KMU	31
4.1	Definition	31
4.2	Mittelstandsfinanzierung	33
4.2.1	BASEL II	33
4.2.2	BASEL III	36
4.2.3	Eigenkapital	37
4.2.4	Fremdkapital	40
4.2.4.1	Finanzierung über Bankkredite	41
4.3	KMU- Förderung in der EU	44
4.3.1	Europäische Förderpolitik	44

4.3.1.1	Der SBA.....	46
4.4	KMU Finanzierung und EU	50
4.4.1	Mikrokredite und Mezzaninfinanzierung	50
4.5	Institutionen und Programme	51
4.5.1	Rolle der EIB.....	51
4.5.1.1	CIP.....	52
4.5.1.2	Jaspers-Jeremie-Jessica-Jasmine	53
4.5.1.3	7RP.....	53
4.5.1.4	Strukturfonds	54
4.5.1.5	Erasmus für angehende Unternehmer	54
4.6	Non-EU-Fördermaßnahmen.....	55
4.6.1	Staatliche Förderungsmaßnahmen	55
5	Teil 3: Die Förderungsmaßnahmen der Austria Wirtschaftsservice GmbH	57
5.1	Die Förderungsinstrumente der aws.....	58
5.1.1	Die Unterstützung von Unternehmensgründungen und jungen Unternehmen.....	59
5.1.2	Die Regional- und Wachstumsförderung.....	60
5.1.3	Die Förderung von Innovations- und Technologieumsetzung	60
5.2	Förderalltag.....	61
5.2.1	Erp-Kredite.....	62
5.2.1.1	Erp-Technologiekredite.....	64
5.2.2	Haftungsübernahmen	64
5.2.3	Zuschüsse	65
5.2.4	Beratung und Service	67
5.3	Leistungsjahr 2010	68
6	Schlussbemerkung	69
7	Anhang.....	70
8	Tabellenverzeichnis.....	71
9	Abbildungsverzeichnis	72
10	Literaturverzeichnis	73
10.1	Bücher und Reports	73
10.2	Onlinequellen.....	76
11	Abriss	80
12	Lebenslauf	82

1 Abkürzungsverzeichnis

AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
aws	Austria Wirtschaftsservice
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMFW	Bundesministerium für Wirtschaft
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
d.h.	das heißt
bzw.	beziehungsweise
CMO	collateralized mortgage obligations
CDO	collaterallized debt obligations
CEBS	Committee of European Banking Supervisors
CIP	Competitiveness and Innovation Framework Programme
EBWE	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
ESF	Europäischer Sozialfonds
EIB	European Investment Bank
EIP	Europäische und Internationale Programme
engl.	Englisch
EPU	Ein-Personen-Unternehmen
ERDF	European Regional Development Fund
ERP	European Recovery Program
EU	Europäische Union
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate
EZB	Europäische Zentralbank
FDI	Foreign Direct Investment
FED	Federal Reserve System
FIAF	Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
G20	Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
IEE	Intelligent Energy Europe
IHS	Institut für Höhere Studien

IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IPP	Innovationsschutzprogramm
IWF	Internationaler Währungsfonds
JASPERS	Joint Assistance to Support Projects in European Regions
JASMINE	Joint Action to support microfinance institutions in Europe
JEREMIE	Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises
JESSICA	Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas
JITU	Programm zur Förderung Junger Innovativer Technologieorientierter Unternehmen
KfZ	Kraftfahrzeug
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
MBS	Mortgage Backed Securities
Mio	Millionen
Mrd	Milliarden
NINA	No Income No Asset
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
SBA	Small Business Act
SPV	Special Purpose Vehicles
u.a.	unter anderem
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WKO	Wirtschaftskammer Österreich
7RP	Siebtes Rahmenprogramm

2 Einleitung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Finanzierungssituation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Österreich seit der Wirtschaftskrise, die 2007 auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt ihren Ursprung nahm, und deren Konsequenzen sich in den darauffolgenden Jahren global ausbreiteten.

KMU notieren nicht an internationalen Börsen, sie sind zumeist stark verwurzelt mit der regionalen Wirtschaft eines Landes. Dass Investoren, große Unternehmen, beispielsweise Aktiengesellschaften unabhängig ihrer Branche, oder auch Kreditinstitute sämtlicher Länder aufgrund ihrer internationalen Verflechtungen und Finanzierungssituationen die Wirtschaftskrise negativ zu spüren bekommen haben, steht außer Frage.

Diese Literaturarbeit beschäftigt sich jedoch mit der anderen Seite, mit den kleinen und mittleren Unternehmen. Es wird untersucht, ob, und in welchem Ausmaß die Krise den Staatshaushalt Österreichs betrifft und in weiterer Folge die „Kleinsten“ unserer Wirtschaft von der Krise ereilt worden sind oder ob sie sich schadlos durch die Finanzkrise bewegt haben. Auf den Anteil an nationaler und EU-weiter KMU Förderungen wird ebenso eingegangen wie auf die Rolle der KMU in der österreichischen Wirtschaft.

2.1 Zum Betrachtungszeitraum

Der Begriff Finanzkrise hatte im Jahr 2010 noch eine andere Bedeutung und Tragweite als er es im Jahr 2011 hat. Mittlerweile ist aus der Finanzkrise eine weltweite Schuldenkrise geworden, die jüngst zu einer US-Haushaltskrise und in weiterer Folge zu einer deutlichen Herabstufung der amerikanischen Kreditwürdigkeit durch Rating Agenturen führte, die im Weiteren den Euro destabilisierte oder dazu führte, dass sich die Situation der Staatsverschuldung Europäischer Staaten am Beispiel Griechenland, Italien oder Portugal drastisch verschlechterte.

Kurzum: die Ereignisse der Weltwirtschaft überschlagen sich. Dennoch oder gerade deswegen kann auf diese tagesaktuellen, rasanten Entwicklungen der Finanz- respektive Schuldenkrise in dieser Arbeit noch nicht Bezug genommen werden.

Die Natur der Finanzkrise ergibt, dass eine Verzögerung zwischen aktuellen Ereignissen und dem Widerspiegeln dieser in Wirtschaftsberichten von Staatshaushalten, Institutionen oder auch Unternehmen entsteht. Die fehlende Distanz zur Thematik, aber letztlich auch die noch fehlende wissenschaftliche Dokumentation der Problematik begrenzen den Betrachtungszeitraum dieser Arbeit auf die Jahre 2009 und 2010 der Österreichischen und Europäischen Förderlandschaft für KMU.

2.2 Aufbau der Arbeit

Es werden in drei Teilen die Auswirkungen der Finanzkrise der Jahre 2007/2008 auf die österreichischen Unternehmen des Mittelstandes und in weiterer Folge Förderungsinstrumente seitens der Europäischen Union und des Staates Österreich untersucht.

Teil 1 ist in zwei Abschnitte geteilt: einleitend wird die Entstehungsgeschichte der Krise auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt aufgeschlüsselt, darauf folgen die Auswirkungen weltweit, für die EU und schließlich für den Staat Österreich sowie die heimischen Unternehmen.

Teil 2 ist den KMU und ihrer Rolle für Europa gewidmet: es wird auf die Finanzierungssituation eingegangen, wofür es notwendig ist, das System BASEL zu erläutern. Der zweite Teil schließt mit der Darstellung der europäischen KMU Förderung und Finanzierung.

Im abschließenden Teil 3 wird das Angebot und die Nachfrage von KMU Förderinstrumenten durch die Förderbank des Bundes, die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) vorgestellt.

3 Teil 1: Von der Entstehung und den Auswirkungen der Finanzkrise

„Es gibt heute meiner Meinung nach zwei Supermächte auf dieser Welt. Es gibt die Vereinigten Staaten von Amerika und es gibt die Rating-Agentur Moody's. Die Vereinigten Staaten können Sie vernichten, indem sie Bomben in die Luft jagen und Moody's vernichtet Sie, indem es Ihre Anleihen herunterstuft. Glauben Sie mir, sicher ist manchmal nicht, wer gerade mächtiger ist.“ (Thomas Friedman, 1996)

Die Hypotheken und Finanzmarktkrise, die seit dem Jahr 2007 ein komplexes Ausmaß angenommen hat, zeigt die enge Verflechtung und Abhängigkeit von Volkswirtschaften der ganzen Welt auf. Sie nahm ihren Anfang am amerikanischen Hypothekenmarkt, führte dort Eigenheimbesitzer, Investoren, Banker und Hypothekemakler zusammen (verkettete also private Eigenheimbesitzer mit dem globalen Geldtopf), die allesamt gängige, bewährte Regeln des Bankengeschäfts ignorierten. Die Finanzmarktkrise betrifft heute Volkswirtschaften, Zentralbanken, Regierungen, Konzerne aber auch Klein- und Mittelunternehmer sowie Privatpersonen des gesamten Globus.

Aus der Finanzkrise ist mittlerweile eine Vertrauenskrise geworden, die jeden Marktteilnehmer betrifft - nicht nur Institutionen, Investment Banker oder Großunternehmer mit internationalem Charakter. Auch die Unternehmen des Mittelstandes hat die Krise erreicht, denn diese sind mehr als ihre großen Mitstreiter auf Bankkredite angewiesen. Das Vertrauen in die Finanzindustrie ist schwer geschädigt, ebenso wie das Vertrauen in Ratings von Krediten durch Rating-Agenturen oder die Wirksamkeit von Bankenaufsichten.

3.1 Entstehung der Finanzkrise

Dieses erste Kapitel soll der Entstehung der Kapitalmarktkrise und der daraus resultierenden Rezession gewidmet sein.

In einem Satz zusammengefasst kann der Ursprung der Krise wie folgt beschrieben werden: Ursächlich für den Kollaps war der Anstieg der kurzfristigen Zinssätze von 1% auf 5,75% in vier Jahren von 2003 bis 2007 - Kreditnehmer waren außerstande ihre monatlichen Raten zu begleichen und konnten andererseits ihre Häuser nicht ohne Verlust veräußern, da die Immobilienpreise einer plötzlichen und rasanten Wertminderung unterlagen. (Bloss, Ernst, Häcker, & Eil, 2009, p. 27)

Um die Tragweite jedoch begreifen zu können, ist es notwendig, den in den Medien und in der Wissenschaft viel zitierten Subprime Kollaps an den Anfang dieser Arbeit zu setzen und aufzuschlüsseln, wie es überhaupt zum Platzen der berühmten Immobilienblase kommen konnte.

3.1.1 Boom auf dem amerikanischen Immobilienmarkt

Der niedrige Leitzinssatz Amerikas, der seit dem Jahr 2001 von der Federal Reserve auf 1% gesenkt wurde, versorgte sowohl die europäische als auch die amerikanische Wirtschaft mit einem Aufwind, der sich in einem Immobilienboom mit billigen Hypotheken und einer allgemeinen Investitionsbereitschaft äußerte. (Münchau, 2008)

Bei einem solch niedrigen Leitzinssatz war es für alle Beteiligten des Marktes rationaler, Geld in Form von Krediten zu lukrieren als Vermögen auf einem Sparbuch ruhend zu verzinsen, was die Sparquote der USA negativ werden und die Kreditrate in die Höhe schnellen ließ.

Beliebtes Investitionsgut waren Immobilien, da diese, so nahm man an, einer ständigen Wertsteigerung unterliegen würden, was für den Zeitraum nach dem elften

September 2001 bis zum Ausbruch der Krise auch tatsächlich der Fall war. Um die Wertsteigerung der amerikanischen Immobilien plastischer darstellen zu können, ist die Entwicklung des Case Shiller Hauspreisindex, dem bedeutendsten Hauspreisindex Amerikas eindrucksvoll. Die Häuserpreise konnten sich in sechs Jahren verdreifachen, die Wachstumsraten der Immobilienpreise in den amerikanischen Metropolen beliefen sich auf bis zu 180%. Selbstverständlich basierte dieser Boom auf fremdfinanziertem Vermögen - aus dem Hype nach Immobilien wurde schnell ein Hype nach Hypotheken. (Münchau, 2008, p. 8)

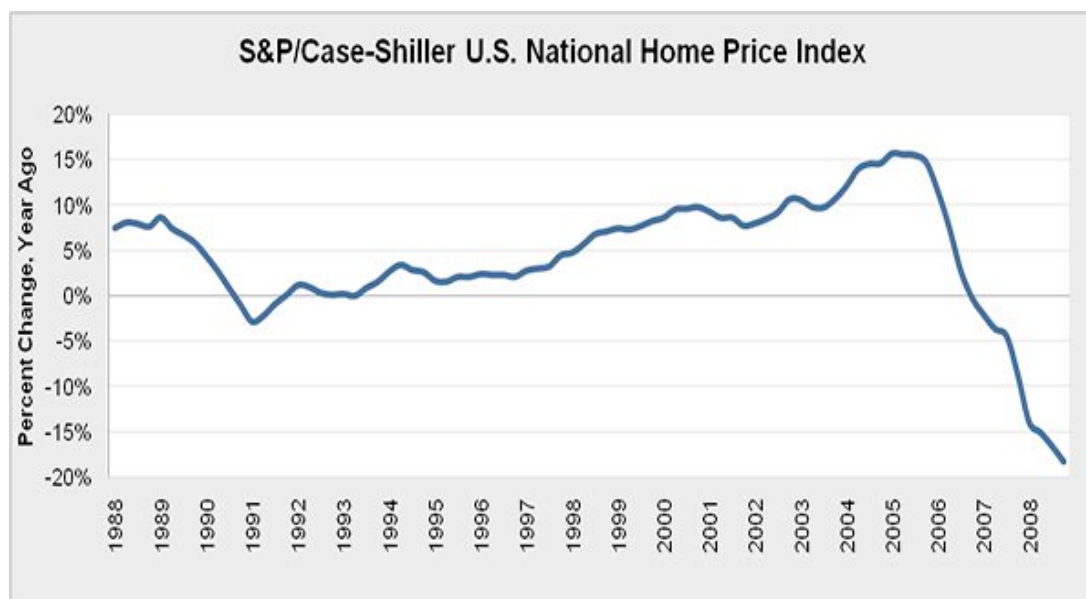


Abbildung 1 Case Shiller Hauspreisindex der USA 1988-2008 (Website des Unternehmens "Standard&Poor's", 2011)

Kleinere Banken und Hypothekenbanken vergaben Kredite, vor allem aber Hypotheken an Privatpersonen, da zu dieser Zeit jeder von den günstigen Kreditkonditionen profitieren wollte. Investoren verschmähten selbstverständlich das Investment in amerikanische Staatsanleihen durch die Federal Reserve, da der niedrige Zinssatz von 1% wenig einladend erschien. Weil aber Einzelhypotheken nicht handelbar waren, kauften Investoren gebündelte (verbriefte) Hypotheken von Investmentbanken bzw. von den bereits erwähnten kleineren Banken und Hypothekenbanken an, deren Rückzahlungen von kreditwürdigen Privatpersonen - später als Kategorie AAA („prime“, „lowest rate, lowest risk“) klassifiziert - geleistet wurden. In diesem Kreislauf, so schien es, profitierte einfach jeder Beteiligte: Familien erhielten Zugang zu Hypothekendarlehen, also Wohnhäusern, und

Hypothekemakler eine Provision für den Weiterverkauf an Investoren, die sich wiederum ihr Vermögen von staatlichen Institutionen wie Pensionsfonds, Versicherungsunternehmen, Hedgefonds oder Staatsfonds zum Niedrigzins leihen, um weiter zu investieren. Die Bündelung erfolgte mittels Verbriefung, also der Neustrukturierung von Hypotheken in handelbare Wertpapiere.

3.1.2 Special Purpose Vehicles und Mortgage Backed Securities

Den Hypothekenbanken wurden in der Kreditvergabe durch die Basel I Regelungen jedoch auch rein rechtlich Grenzen gesetzt: Kredite mussten zu einem bestimmten Prozentsatz mit Eigenkapital untermauert sein, somit konnte nur ein gewisses Kreditvolumen vergeben werden. (Bloss, Ernst, Häcker, & Eil, 2009, p. 10) Es mussten mindestens 8% an vergebenen Krediten in Eigenmitteln zur Verfügung stehen, aus diesem Grund wurden Maßnahmen ins Leben gerufen, die dieses Reglement umgehen und mehr Kredite in die Welt tragen sollten: „Special Purpose Vehicles“ (SPV) wurden gegründet, Zweckgesellschaften, deren einziges Ziel es war, die Kredite bilanziell von Banken zu trennen und damit das Vergabevolumen drastisch zu erhöhen, sodass die Hypotheken nicht mehr im eigenen Jahresabschluss aufschienen und Basel I Bestimmungen weiter eingehalten werden konnten. (Elschen & Lieven, 2009, p. 74) Damit waren den Banken größere Spielräume gegeben, in der Literatur spricht man gar von einem besonderen Anreiz, der von Basel Bestimmungen ausgeht, „existierende Kredite in den Kapitalmarkt abzuschieben“. (Münchau, 2008, p. 12)

Die Aufgabe der SPV war es, die gebündelten Kredite in Form von Mortgage Backed Securities (MBS) - Schuldverschreibungen, die durch Hypotheken besichert sind - zu verbiefen, also von einem Kredit in ein Wertpapier umzustrukturieren. Diese wurden dann zusammen mit Asset Backed Securities (ABS) - handelbaren Schuldverschreibungen, die durch Aktiva besichert sind - weiterverkauft an Hedgefonds, Pensionsfonds und Versicherungen. (Bloss, Ernst, Häcker, & Eil, 2009, p. 17)

3.1.3 Die Vergabe von Subprime-Krediten

Um aus dem Kreislauf der privaten Hypothekendarlehen noch mehr zu erbeuten, war der Bedarf nach Hypothekennehmern oder Hauskäufern mit der Zeit stark gestiegen, denn MBS verlangten nach Hypotheken, und weil der Kreislauf des Geldflusses nicht enden wollend erschien, griff man auf andere, wie im Nachhinein festgestellt, zweifelhafte Methoden zurück, um der Nachfrage nach verbrieften Krediten zu genügen. (Elschen & Lieven, 2009, p. 51)

Vergibt eine Hypothekenbank einen Subprime Kredit, verleiht sie Geld an Kunden mit bedürftiger Bonität. Der Begriff Subprime steht für minderwertige Kredite, und ist ein geflügeltes Wort wenn es um die Entstehungsgeschichte der Finanzkrise geht. Die Kreditwürdigkeit von Subprime-Kreditnehmern ist zweifelhaft und schlechter als die von anderen Kreditnehmern, denn viele dieser Kreditnehmer sind bereits verschuldet oder verfügen nur über ein geringes Einkommen. Im Jahr 2003 konnten 80% der Kreditnehmer der Klasse „prime“, also der sichersten Kategorie, zugeordnet werden, während der Anteil 2006 bei nur mehr 50% lag. (Elschen & Lieven, 2009, p. 40)

Um als kreditwürdig eingestuft zu werden, musste man bisher gewisse Voraussetzungen erfüllen. Diese konnten ein Gehaltsnachweis, eine Anzahlung oder auch Dokumente zur Identitätsfeststellung sein. Mit der Zeit wurde jedoch nicht nur auf die Einkommensnachweise verzichtet, sondern es wurden auch nicht ausreichende Zinszahlungen von den Banken akzeptiert, denn es galt, solange die Immobilienpreise parallel mit den Schulden anwuchsen, stellten Kreditausfälle kein Problem dar. Oftmals waren eine bloße Bestätigung des Arbeitgebers, dass der Kreditnehmer in dessen Unternehmen beschäftigt war, oder ein Richtwert des Verdienstes durch Steuerberater als Gehaltsnachweis ausreichend um einen Kredit zu gewähren. Zudem initiierte der damalige Notenbankchef Alan Greenspan eine Umwandlung von fest Verzinsten in Hypotheken mit variablem Zinssatz. (Elschen & Lieven, 2009, p. 41) und (Neue Zürcher Zeitung, 2009, p. 26).

Ein weiterer Indikator zur Bonitätsprüfung war die Beziehung aus dem „Kredit-zu-Einkommen“-Verhältnis und der Ablehnung von Kreditanfragen. Je größer das Ausmaß des Kreditbooms, desto lockerer wurden die Vergabestandards, gleiches galt für den Anstieg der Häuserpreise und den aggressiven Wettbewerb. (Elschen & Lieven, 2009, p. 52)

3.1.4 Collateralized Mortgage Obligations und Rating

Man erkannte an der Wallstreet eine Möglichkeit auch riskante Hypothekendarlehen attraktiv für Investoren zu machen, indem so genannte Collateralized Debt Obligations oder Collateralized Mortgage Obligations (CDO bzw. CMO), also besicherte Schuldverschreibungen, geschaffen wurden, die an Investmentfonds, Hedgefonds oder Versicherungs- und Pensionsfonds verkauft wurden. (Bloss, Ernst, Häcker, & Eil, 2009, p. 17)

Diese Wertpapiere hatten nach oberflächlicher Betrachtung Ähnlichkeit mit Staatsanleihen, da es sich um Rentenpapiere oder Bonds handelte, die von Ratingagenturen bewertet wurden. Die Kreditzahlungen innerhalb der CDO wurden von Agenturen wie Moody's oder Standard&Poor's mittels Scoring-Modell in drei Bonitäts-Kategorien eingeteilt und von den Banken versichert: sehr sicher (AAA) wie eine Staatsanleihe, mittelsicher (BBB) und riskant (unrated). Tranche AAA bekam die günstigsten Kreditkonditionen und galt als sicherste Investition, sie wurde als erste mit Zahlungseingängen der Hypothekennehmer bedient, im Gegenzug erwirtschaftete sie einen geringen Ertrag. Die unterste Kategorie war die riskanteste Tranche, da sie jedoch nicht an Reiz einbüßen sollte, war ihr Ertrag dementsprechend höher angesetzt, sie wurde jedoch von allen drei Tranchen als letzte mit Zahlungseingängen bedient. Das CDO System selbst ist als ein sehr kritisches Finanzinstrument einzustufen, im Finanzjargon wurden die niedrigen Tranchen sogar als „toxic waste“ oder Giftmüll bezeichnet. (Neue Zürcher Zeitung, 2009, p. 29)

Die Wertpapiere wurden eben nicht wie Staatsanleihen an der Börse, sondern direkt gehandelt, das bedeutet, dass jedem Verkäufer auch ein Käufer für sein Wertpapier zugeschrieben sein sollte, was in Zeiten des Booms kein Problem darstellt. Da im Jahr 2006 der Häusermarkt aber zu stagnieren begann, kam das System ins Schwanken. (Münchau, 2008, p. 16)

3.1.5 Ein System an der Kippe

Wie bereits erwähnt, ging man zu dieser Zeit davon aus, dass Immobilien niemals Abwertungen unterworfen seien, ihr Wert sollte immer steigen, wie es der Case Shiller Index bestätigte; fielen also Darlehensrückzahlungen aus, da die Familien mittellos waren, und Kredite an NINA's („NINA- no income, no asset“) vergeben wurden, dienten die Häuser mit einer Zwangsversteigerung („Foreclosure“) immer noch als Absicherung für die Investoren. (Elschen & Lieven, 2009, p. 87)

Man hatte sich mit den Subprime-Krediten also ein vermeintlich perfektes Finanzprodukt geschaffen, das den amerikanischen Traum verwirklichen sollte: Die Wirtschaft florierte, die Arbeitslosigkeit war gesunken, jeder konnte sich den Traum vom Eigenheim erfüllen, auch Personen aus schwachen sozialen Schichten halfen mit, den Konsum anzukurbeln.

Während die Häuserpreise explodierten, stagnierten die Einkommen der Bürger und stiegen nicht im Verhältnis mit. Ende 2006 umfasste der Wert des Eigenheims das Vierfache des Jahreseinkommens des amerikanischen Bürgers. Plötzlich stiegen die Häuserpreise nicht mehr wie gewohnt, da die Kreditnehmer manchmal bereits mit der ersten Rate in Verzug gerieten, ohne dass sie dafür arbeitslos hätten werden müssen. (Neue Zürcher Zeitung, 2009, p. 29)

Zudem unterlagen bis zu 90% der Schuldner einem variablen Zinssatz („Lockzinssatz“), der während der Jahre 2003 bis 2005 sukzessive anzog. Die Banken lockten also mit niedrigen Zinssätzen, die jedoch nach kurzer Zeit ansteigen sollten. Die Federal Reserve hatte durch den wirtschaftlichen Aufwind den

Leitzinssatz im Laufe der Jahre wieder angehoben: Von 1% auf 5% im Jahr 2006. (Bloss, Ernst, Häcker, & Eil, 2009, p. 21)

Die Nachfrage nach Krediten ging zurück und die Schuldner waren nicht mehr im Stande ihre Kredite zurückzuzahlen, da die Zinsen für Hypotheken auf ihrem Höchststand seit 2002 waren. Nun passierte, womit während des gesamten Kreislaufs niemand gewagt hätte zu rechnen: Nachdem die Hausverkäufe stagnierten, brachen sie schließlich ein, die stetige Preissteigerung stagnierte ebenfalls, Häuser waren nicht einmal mehr einen Bruchteil ihrer ursprünglichen Einschätzung wert. Niemand war bereit die Häuser zu kaufen, für Kredite war aufgrund der steigenden Zinsen kein Geld vorhanden. (Bloss, Ernst, Häcker, & Eil, 2009, p. 27)

Zwar konnten die Banken ihre Kredite weiterverkaufen oder transformieren- die von ihnen geschaffenen SPV konnten dies jedoch nicht. (Münchau, 2008, p. 22)

Auch der Interbankenmarkt war betroffen, mangels fehlender Transparenz über das Investitionsprofil und das dazugehörige Risiko lieh keine Bank der anderen mehr Geld. Investoren stoppten ihre Aktivität und verloren ihr Interesse an Wertpapieren der SPV und an Hypothekenkrediten. (Elschen & Lieven, 2009, p. 89)

Einige Banken standen kurz vor ihrer Insolvenz, ihre Aktienkurse sanken und auch die Geldflüsse an den Finanzmärkten kamen zum Erliegen. (Bloss, Ernst, Häcker, & Eil, 2009, p. 27)

Weltweit wurden die Geldmärkte mit Liquidität überversorgt, um ein Übergreifen der Krise auf die Realwirtschaft aufzuhalten. Zumindest in den USA sollte aber die maßgeblich an der Wertsteigerung beteiligte Baubranche und der Privatkonsum als Konjunkturantreiber ausfallen, da in der Vergangenheit bereits mit dem Zukunftskonsum spekuliert wurde.

3.2 Auswirkungen auf die Realwirtschaft

Die Investoren des globalen Geldtopfes blickten auf ihr Machwerk der vergangenen Jahre zurück: sie hatten unter der Annahme sicher wie in eine Staatsanleihe (AAA) zu investieren, ihr Vermögen so angelegt, dass es nach einem Jahr nur mehr die Hälfte wert war. Von nun an hielt sich der globale Geldtopf von riskanten Investitionen fern, hohe Renditen waren nicht mehr relevant, wichtiger war keinerlei Risiko einzugehen. Dieses Verhalten der Investoren machte aus der amerikanischen Subprime-Krise eine globale Finanzmarktkrise, die zum Beispiel den Staatsbankrott Islands verursachte. Seit dem Einbruch der Immobilienblase ist es für sämtliche Marktteilnehmer – ob Staaten oder Unternehmen - nicht mehr möglich, einfach an Kredite zu gelangen. (Neue Zürcher Zeitung, 2009, p. 34)

Dieses Kapitel widmet sich zunächst den weltweiten Auswirkungen der Krise, in den folgenden Abschnitten werden die volkswirtschaftlichen Entwicklungen des Euroraumes und schließlich Österreichs geschildert.

3.2.1 Auswirkungen Weltweit

Auch wenn man gegen Ende des Jahres 2009 sagen konnte, die Weltwirtschaft hätte sich nach dem Kollaps der Finanzmärkte beruhigt, so hielt sich die weltweite Produktion seit dem Jahr 2009 nichtsdestotrotz auf ihrem globalen Tiefstand. Die Notenbanken vieler Länder senkten die Leitzinssätze wie es in den vergangenen 50 Jahren beispiellos war.

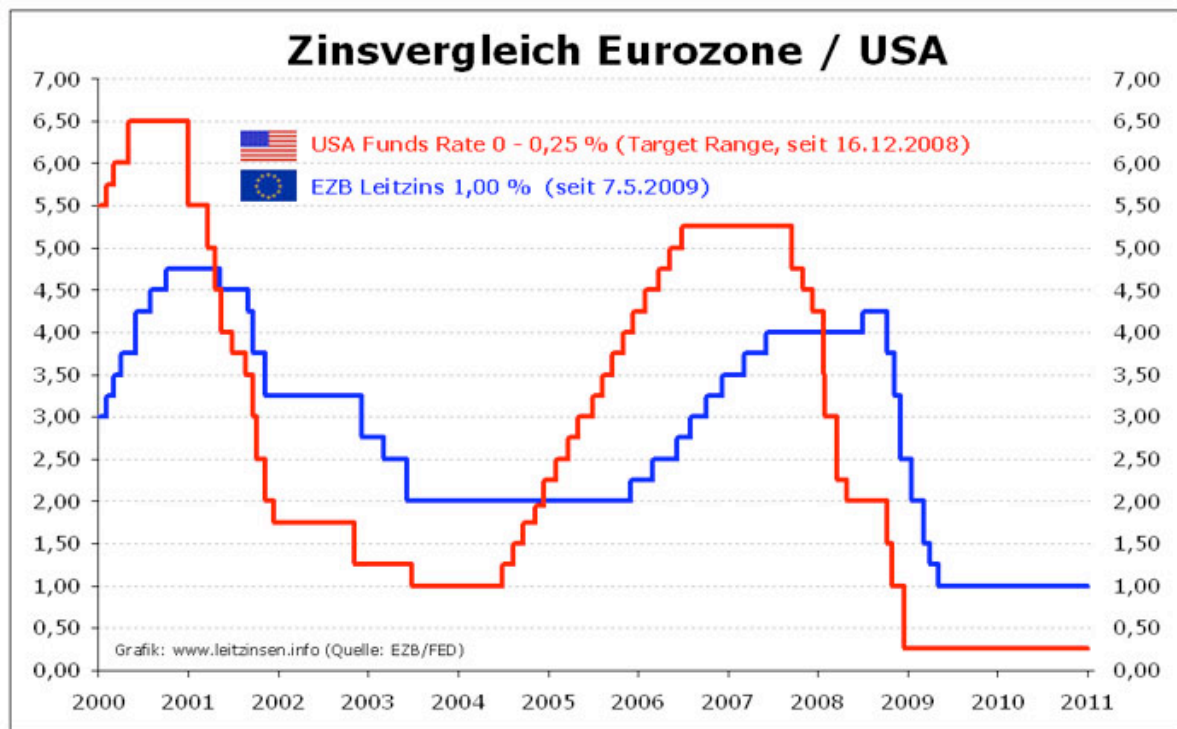


Abbildung 2 Entwicklung des Leitzinssatzes EU/USA (Website der FED/EZB, 2011)

Wie aus Abbildung 2 ersichtlich ist, stagnierte der amerikanische Leitzinssatz während des gesamten Jahres 2009 bei 0%, was sich im Jahr 2010 nur in marginaler Größenordnung änderte. Mit einer expansiven Fiskalpolitik versuchte Amerika den Konsum anzukurbeln. Das amerikanische BIP verzeichnete einen starken Rückgang auf -2,6% im Jahr 2009. Die Inflation stand still, die Arbeitslosenquote lag im Dezember 2009 bei 10%, was einer Verdopplung seit Entstehung der Krise entspricht, heute liegt die Arbeitslosenrate nicht-signifikant unter 10% und die Inflation liegt bei 1,6%. In China äußerte sich die Finanzkrise nur durch ein eingeschränktes Wachstum, im Jahr 2011 betrug es bereits wieder 10% wie vor der Krise, Japan verzeichnete zusätzlich zur vorherrschenden Deflation eine BIP Verringerung um 5,2%.

(Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 16) und (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2011)

Die OECD spricht auch noch in ihrem jährlichen Bericht des Jahres 2010 von einem Erholungsjahr für die Konjunktur der ganzen Welt. Auch im Jahr 2011 stieg das Wachstum bei großer Endnachfrage. Positiv verzeichnet sie des Weiteren die verbesserten Finanzierungsbedingungen und die durch die unterstützende Rolle der

Zentralbanken geprägte Geldpolitik der Mitgliedsländer. Seit der Krise hat sich auch die Arbeitslosenrate international erholt, diese liegt global derzeit bei etwa 7,4%. Jedoch hat diese noch lange nicht das Vor-Krisen-Niveau erreicht. Die weltweite Inflation steigt wieder.

Tabelle 1 „Global recovery“ (OECD, 2011)

	Av. 1998- 2007	2008	2009	2010	2011	2010 2012	2011 Q4 / Q4	2012
Per cent								
Real GDP growth¹	2,7	0,3	-3,5	2,9	2,3	2,8	2,8	3,0
United States	3,0	0,0	-2,6	2,9	2,6	3,1	2,8	3,3
Euro area	2,3	0,3	-4,1	1,7	2,0	2,0	2,0	2,2
Japan	1,2	-1,2	-6,3	4,0	-0,9	2,2	2,4	1,5
Output gap²	0,3	0,1	-4,9	-3,7	-3,2	-2,4		
Unemployment rate³	6,4	6,0	8,2	8,3	7,9	7,4	8,2	7,1
Inflation⁴	2,8	3,2	0,5	1,8	2,3	1,7	1,8	2,3
Fiscal balance⁵	-2,1	-3,3	-8,2	-7,7	-6,7	-5,6		
<i>Memorandum Items</i>								
World real trade growth	6,8	3,1	-10,8	12,5	8,1	8,4	11,2	8,2
World real GDP growth⁶	3,8	2,6	-1,0	4,9	4,2	4,6	4,8	4,2

1. Year-on-year increase; last three columns show the increase over a year earlier.

2. Per cent of potential GDP.

3. Per cent of labour force.

4. Private consumption deflator. Year-on-year increase; last 3 columns show the increase over a year earlier.

5. Per cent of GDP.

6. Moving nominal GDP weights, using purchasing power parities.

Bereits in der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 29. Juli 2010 wurden rosige Wirtschaftsprognosen und das fallweise herauf beschworene Ende der Krise für Zentraleuropa in Frage gestellt und als fahrlässig hingestellt. Da die weltwirtschaftliche Lage angespannt ist, und die Konjunkturlage hierzulande abhängig ist von internationalen Entwicklungen wie der Arbeitslosigkeit von über 9% in Nordamerika, dem Rekordtief der USA bei Immobilieneinkäufen oder anstehenden Bankenkollapsen, dem Versagen der südeuropäischen Banken beim Stresstest der

europäischen Bankenaufsicht CEBS, oder schließlich dem Nullwachstum Japans und seiner Deflation. (Die Zeit, 2010, p. 17)

3.2.2 Auswirkungen innerhalb der EU

Auch in Europa kämpfte man mit der dramatischen Wirtschaftslage - das BIP schrumpfte um 4,2%. Das österreichische Wirtschaftsministerium geht davon aus, dass der Konjunkturerinbruch in der EU stärker als in den USA war. Während diese ihren Leitzinssatz bereits seit Mitte 2008 bei bis zu 0% einpendelten (siehe Abbildung 2 Entwicklung des Leitzinssatzes EU/USA), wurde er in Europa hingegen erst im Frühling 2009 auf 1% abgesenkt. Vergleicht man die Arbeitslosenrate der USA und Europas, schneidet Europa im Jahr 2009 glimpflicher ab, da diese bei „nur“ 7,6% lag, im Jahr 2008 bei 9,4%.

Die Auswirkung auf den Euro zeigte sich nach einer ersten Erholung zuerst in einer Aufwertung. Mit dem Staatsbankrott Griechenlands musste der Euro allerdings wieder Wert einbüßen. Die Inflationsrate ging um 3% zurück und lag 2009 bei 0,3%, im April 2010 bei 1,5%. Die Staaten des Baltikums zeigten sich als besonders krisenanfällig, das BIP verringerte sich um 15%. Polen bildete mit einem Wachstum von 1,8% eine eklatante Ausnahme. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 17)

3.2.3 Auswirkungen Österreich - Wie die Krise Österreich betrifft

Vor Einbruch des globalen Finanzmarktes fand sich Österreich in einer stabilen wirtschaftlichen Situation, jedoch zog die Finanzkrise ihre Kreise bis weit in die europäische Wirtschaft und machte auch vor Österreich keinen Halt. Im Jahr 2009 war die schwerste Rezession seit Jahrzehnten messbar, dies war primär durch fallende Exportzahlen zu spüren, der Warenexport ging um 18 Prozentpunkte zurück.

Einem weiteren Fall unterlag die private Investitionsrate, diese sank um 12% Prozentpunkte als Folge von schwachen Unternehmensgewinnen, niedriger Kapazitätsauslastung, höheren Kreditmargen und strengeren Kreditbedingungen. Konträr dazu stieg in Österreich als einem der einzigen EU-Mitgliedstaaten der Konsumaufwand um 0,4 Prozentpunkte. (EU-Kommission, 2011)

Als Maßnahme gegen die Krise wurde von der österreichischen Bundesregierung im Jahr 2009 eine Steuerreform mit den Zielen u.a. der Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer und einer unternehmerischen Gewinnbefreiung in der Höhe von 13% (vormals 10%), welche bisherige Eigenkapitalförderung ablösen sollte, umgesetzt. (Bundesministerium für Finanzen, 2009, p. 17)

Dieser Abschnitt behandelt die Konsequenzen der Rezession auf den österreichischen Markt. Bevor die Lage der österreichischen Unternehmen im Detail betrachtet wird, soll auch hier auf einige volkswirtschaftliche Indizes wie Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigungsgrad, Arbeitslosigkeit oder Konsumausgaben eingegangen werden.

Wie es auch der globale Trend versprach, traf die Finanzkrise Österreich ebenso hart wie Realwirtschaften anderer Regionen der Welt. Bereits Ende des Jahres 2008 zeichneten sich erste Einbußen ab, 2009 folgte dann der Einbruch des BIP von 3,6 Prozentpunkten. Fallende Exportzahlen betrafen vor allem das verarbeitende Gewerbe, in weiterer Folge ging auch die Investitionsrate zurück. (EU-Kommission, 2011, p. 123)

3.2.3.1 Inflation

Die Inflation fiel in Österreich von 3,2% im Jahr 2008 um 2,8 Prozentpunkte auf nur 0,4%- für das Jahr 2010 wird hingegen eine Erhöhung auf 1,3% erwartet. Für 2010 wird erwartet, dass die Preise im Dienstleistungssektor und in der Industrie abflachen werden, ganz im Gegensatz zu den Preisen für Lebensmittel und Treibstoffe. Die Kerninflation¹ wird somit für 1% vorausgesagt. (EU-Kommission, 2011, p. 124) Die nicht bereinigte Inflation lag im Jahr 2010 bei 1,9%. (Website der Statistik Austria,

¹ Die um die stark schwankenden Öl- und Lebensmittelpreise bereinigte Inflationsrate

2011) Bis zum Juli 2011 hat sich die Inflation mittlerweile beinahe verdoppelt und liegt nicht bereinigt bei aktuell 3,5%. (Website der Statistik Austria, 2011a)

3.2.3.2 Arbeitslosenrate

Die Arbeitslosenrate ist ein Indikator für den Status quo der Realwirtschaft, mit Verzögerung von einigen Monaten lässt sich an ihr der Wohlstand eines Staates ablesen.

Vom Jahr 2008 auf 2009 verschwanden 45.000 Stellen vom österreichischen Arbeitsmarkt, das entspricht einer Verminderung von 1,4 Prozentpunkten, insgesamt waren im Jahr 2009 4,8% der erwerbsfähigen Österreicher arbeitslos gemeldet, 2008 waren es noch 3,8% gemessen in der harmonisierten EU Arbeitslosenquote. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 18 ff) Für das Jahr 2010 kann man sagen, dass im vierten Quartal zum ersten Mal seit Ausbruch der Krise ein Beschäftigungsplus zu verzeichnen war und die Arbeitslosenquote bei 4,1% lag, für das gesamte Jahr 2010 lag die Quote schließlich bei 4,4% (Website der Statistik Austria, 2011b).

3.2.3.3 Konsumaufwand

Dass der Konsumaufwand trotz steigender Arbeitslosigkeit im Jahr 2010 dennoch um 0,4 Prozentpunkte stieg, liegt laut BMFW daran, dass die realen Arbeitseinkommen wuchsen, des Weiteren an der eingangs erwähnten vorgezogenen Steuerreform im Jahr 2009 und an der im Jahr 2008 bereits beschlossenen Lohnrunde für 2009. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 18 ff) Für 2011 wird von Wirtschaftsforschungsinstituten wie dem WIFO ein Anstieg der Konsumausgaben um etwa 0,9 Prozentpunkte erwartet. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 19) Im ersten Halbjahr 2011 liegt das Absatzvolumen 0,8% unter dem Wert aus dem Vorjahr bei 3% Veränderung im Vergleich zum Vorjahr.

3.2.3.4 Defizit

Vorläufig wird das Geschäftsjahr 2009 mit einem Defizit in der Höhe von 11,3 Mrd. abgeschlossen, das entspricht 4,1% des BIP, 2010 stieg die Staatsverschuldung auf 4,6%. Die Staatseinnahmen auf der anderen Seite stiegen zwar zwischen 2009 und 2010 um 2,5%, jedoch kam es in beiden Jahren zu einem Abschluss unter Verschuldung. Die Staatsverschuldung liegt derzeit bei 72,3% des BIP. (Website der Statistik Austria, 2011c)

3.2.3.5 Ausblick

Nach dem Konjunkturerinbruch im Jahr 2009 erwartet die Europäische Kommission für Österreich zunächst ein Wachstum von 2,4% Prozentpunkten, und 2% für die Jahre 2011 und 2012 wofür die Exportrate einen entscheidenden Beitrag leistet. (EU-Kommission, 2011, p. 141)

Das BMF sprach 2010 von verhaltenem Wachstum, 2010 soll es laut WIFO nur eine Wachstumsrate von 1,2% gewesen sein, 2011 erwartete man 1,6%. Das IHS prognostizierte 1,5% bzw. 1,9% Wachstum. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 19) Im aktuellen Wirtschaftsbericht des BMF korrigiert man diesen Wert für das Jahr 2011 und verspricht sich eine Wachstumsrate von 3%. 2012 soll die Entwicklung jedoch stagnieren und die Wachstumsrate auf nur 1,8-2,1% fallen. Im Vergleich zur Eurozone sind dies jedoch überdurchschnittliche Werte. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2011, S. 6ff)

Einig mit der EU-Kommission ist sich das BMF über die Exportrate, die wieder anziehen und die Konjunkturlage verbessern soll. Die Inflation wird weiter steigen, 2011 wird der Verbraucherpreiserhöhung um 3,2 Prozentpunkte im Jahr 2011 und einem leichten Rückgang 2012 um 2,6 Prozentpunkte. Es handelt sich dabei um die nicht bereinigte Inflation, also sind steigende Energiekosten möglicherweise der Grund für den Anstieg des Wertes.

Die Arbeitslosigkeit wird 2010 ein Wachstum von 0,5 Prozentpunkten bzw. 0,7 für 2011 erfahren, demnach beläuft sie sich auf durchschnittlich 7,2% für die

kommenden beiden Jahre. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 19)

Ebenso wird der österreichischen Wirtschaft ein Wachstum der Konsumausgaben prognostiziert: 2011 mit 0,9%. 2012 behielt das WIFO mit seiner Prognose aus dem Jahr 2010 recht, der Konsumaufwand wuchs um 1,1%. Die Steuerpolitik sollte auch weiterhin die Inlandsnachfrage beflügeln, Teile der Steuerreform aus dem Krisenjahr selbst, konnten erst im Folgejahr 2010 exekutiert werden. (EU-Kommission, 2011, p. 124) und (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2011, S. 14)

Ändert der Staat seine Budgetpolitik nicht, wird lediglich eine schwache Stärkung der Realwirtschaft erwartet, denn Defizit vergrößernde Maßnahmen halten sich die Waage mit Defizit schmälernenden Maßnahmen. Das Budget wird belastet durch Umsatzverkürzungen als Folge der Steuerreform 2009 sowie der „Hacklerregelung“².

Da die Bundesregierung eine Defizitsenkung auf 3% bis zum Jahr 2013 anpeilt, werden Reformen die Kapitalertragssteuer, Grunderwerbssteuer, Bankensteuer, Mineralölsteuer oder eine neuartige Steuer für Spitzenverdiener („Reichensteuer“) betreffen. (EU-Kommission, 2011, p. 125)

Das BMF berichtet dementsprechend von einem Anstieg der Exporte laut WIFO von 5,8% im Jahr 2010 auf 6,6% im Jahr 2011. Eine zweite Meinung holt es sich über das IHS ein, demzufolge sind für 2010 7,3% erwartet, in 2011 ein weiterer Anstieg auf 6,8%. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 19)

² Begünstigung von Langzeitversicherten Arbeitnehmern in Pensionsansprüchen (eigene Definition)

Tabelle 2 Daten der Prognosen 2011 des WIFO und des IHS (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2011)

(Veränderung zum Vorjahr, wenn nicht anders angegeben)	2011		2012	
	WIFO	IHS	WIFO	IHS
Bruttoinlandsprodukt, real	+3,0	+3,0	+1,8	+2,1
Private Konsumausgaben, real	+0,9	+0,9	+1,1	+1,1
Bruttoinvestitionen gesamt, real	+5,5	+5,7	+2,0	+2,1
– Ausrüstungen	+8,0	+7,0	+3,5	+4,0
– Bauten	±0,0	±0,0	+1,0	+0,5
Exporte i.w.S., real	+8,8	+8,5	+6,5	+5,9
Warenexporte, real*	+10,0	+10,3	+7,6	+6,8
Importe i.w.S., real	+7,2	+7,1	+6,0	+4,8
Warenimporte, real*	+8,5	+8,0	+6,9	+5,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+1,6	+1,7	+0,9	+0,9
Arbeitslosenquote, national in %	6,6	6,6	6,6	6,5
Arbeitslosenquote, Eurostat in %	4,2	4,3	4,2	4,3
Verbraucherpreise	+3,2	+3,0	+2,6	+2,3
Finanzierungssaldo des Staates lt. Maastricht.-Def., in % des BIP	-3,1	-3,1	-2,9	-2,5

Das Wirtschaftsministerium ließ für seinen jährlichen Bericht zur Konjunkturlage Ökonomen zu Wort kommen, auch Professor Erich Streißler spricht von der Urgenz der Exportrate Österreichs:

„Nur im Export kann es langfristige Wachstumschancen geben, da weder die heimische Konsumnachfrage allein, noch auch die heimische Investitionsnachfrage –nach der erheblichen Kapitalaufstockung heimischer Unternehmen während des letzten Booms –viel an zusätzlichen Absatzchancen verspricht.“ (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 31)

3.2.4 Auswirkungen auf österreichische KMU

Im folgenden Kapitel wird auf die Entwicklung einiger unternehmerischer Parameter des österreichischen Mittelstandes im ersten Geschäftsjahr nach der Krise und dem anschließenden Wachstumseinbruch eingegangen. Um zu veranschaulichen, welchen direkten Einfluss die Finanzkrise auf die Geschäftstätigkeit hatte, wird eine Studie des Jahres 2010 der Creditreform Austria Wirtschaftsforschung herangezogen, bei welcher 1.900 österreichische Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern aus den vier Wirtschaftsbereichen - Verarbeitendes Gewerbe, Bau, Handel und Dienstleistungen - zur Geschäftslage befragt wurden. Anhand dieser Studie soll die Tragweite der Finanzkrise auf den heimischen Märkten aus unternehmerischer Sicht näher festgemacht werden. Sie ist die erste Erhebung ihrer Art, die unmittelbar nach dem Krisenjahr zur Situation von österreichischen KMU durchgeführt wurde.

Nachstehend wird ein Überblick über die einschlägigsten Indikatoren gegeben.

3.2.4.1 Angaben zur Geschäftslage

Im Jahr 2009 war die Stimmung unter den mittelständischen Unternehmen schlecht, lediglich ein Drittel beurteilte die Geschäftslage als sehr gut oder gut. Im Jahr 2010 bezeichnete der Großteil der Befragten die Lage als „befriedigend und ausreichend“ (42,7%, im Jahr 2009 waren es 46,6%) und fast ebenso viele, nämlich 41,2% als „gut“ oder „sehr gut“. Nur 15,3% bezeichneten die Lage als „mangelhaft und ungenügend“ (15,3%, im Jahr 2009 waren es 19,1%).

Tabelle 3 Geschäftslage, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)

	sehr gut und gut	befriedigend und ausreichend	mangelhaft und ungenügend
Verarb. Gewerbe	37,5 (28,5)	40,5 (41,5)	21,7 (30,1)
Bau	42,3 (32,4)	40,2 (53,2)	17,6 (13,9)
Handel	44,7 (35,4)	42,2 (46,4)	12,4 (17,3)
Dienstleistungen	37,6 (33,3)	44,7 (47,1)	16,5 (19,6)
Gesamt	41,2 (33,6)	42,7 (46,6)	15,3 (19,1)

3.2.4.2 Auftragseingänge

Was die Auftragslage betrifft, ist aus der Studie zu erkennen, dass das Auftragsvolumen für KMU wieder an Größe gewinnt, 27,2% der Befragten gaben an, dass die Auftragseingänge gestiegen sind, im Jahr 2009 lag die Quote bei nur 10%. Der Saldo aus negativer und positiver Auftragslage liegt nun bei plus 0,4 Prozentpunkten.

Tabelle 4 Auftragseingänge der KMU in den Hauptwirtschaftsbereichen, Rest o.A. Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)

	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	30,0 (9,0)	40,1 (28,6)	29,5 (61,6)
Bau	18,3 (12,2)	42,7 (30,4)	38,9 (56,8)
Handel	27,8 (11,9)	42,2 (34,0)	27,5 (51,6)
Dienstleistungen	27,8 (9,3)	49,1 (35,1)	22,2 (54,0)
Gesamt	27,2 (10,7)	44,5 (33,5)	26,8 (53,9)

3.2.4.3 Umsatzentwicklung

Betrachtet man die Umsatzentwicklung können die Unternehmer aufatmen. Im Krisenjahr 2009 fielen für die Unternehmen jeder Sparte die Umsätze. 2010 steht es erfreulicher um die Umsätze: Diese haben sich weitgehend stabilisiert, wenngleich

die Zahl der Betriebe mit gesunkenen Umsatzzahlen noch höher ist, als die der steigenden.

Von einer rückläufigen Umsatzentwicklung ist im Jahr 2010 nur mehr jedes dritte Unternehmen betroffen, was als positiv zu bewerten ist, da es im Vorjahr noch jedes zweite Unternehmen war - was von einer angespannten Lage zeugte. Insgesamt ist die Umsatzlage von Stabilität geprägt.

Tabelle 5 Umsatzentwicklung der KMU in den Hauptwirtschaftsbereichen, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)

	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	28,0 (8,9)	40,7 (27,8)	30,9 (62,8)
Bau	7,6 (9,6)	46,1 (33,7)	46,3 (56,1)
Handel	29,0 (15,0)	40,0 (36,8)	30,3 (46,7)
Dienstleistungen	28,7 (15,2)	37,0 (30,1)	34,3 (52,4)
Gesamt	26,9 (13,9)	39,5 (33,1)	33,2 (51,2)

Der Einzelhandel gewinnt, da die Konsumnachfrage stabil blieb, dies liegt daran, dass Private von Steuersenkungen und der „Ausweitung der Transferleistungen“³ profitiert haben.

3.2.4.4 Umsatzerwartungen

Was unternehmensinterne Prognosen betrifft, ist man zuversichtlicher geworden. Während 2009 der Großteil sinkende Umsatzzahlen erwartete (44,0%), schätzten im Jahr darauf 49,2% die zukünftige Entwicklung als stabil ein. An steigende Umsatzzahlen glaubten 2010 wieder 32,5%. Der Handel profitierte vom steigenden Konsumverhalten der Österreicher, die an steigende Umsätze glaubten, und verbuchte dies mit 36,5%, die an steigende Umsätze glaubten. Dem gegenüber steht eine eher pessimistische Baubranche, nur 22,4% rechnen mit einem Anstieg und 27,0% mit rückläufigen Zahlen.

³ Leistungen an Bürger ohne Anspruch auf Gegenleistungen (eigene Definition)

Tabelle 6 Umsatzentwicklung der KMU in den kommenden 6 Monaten, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)

	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	34,8 (12,9)	49,8 (36,8)	15,0 (49,04)
Bau	22,4 (13,5)	50,6 (35,0)	27,0 (50,8)
Handel	36,5 (11,6)	50,1 (42,5)	12,7 (45,0)
Dienstleistungen	29,3 (12,2)	47,6 (46,8)	20,7 (39,6)
Gesamt	32,5 (12,1)	49,2 (42,7)	17,1 (44,0)

3.2.4.5 Investitionen

Sind Unternehmer investitionsbereit, ist dies ein eindeutig positiver Parameter was die Geschäftslage betrifft. Investitionsbereitschaft steht für Wachstum und Wachstum steht für Wohlstand und eine positive Konjunkturlage. Insgesamt zeigt sich im Jahr nach der Krise aber weniger als die Hälfte der Klein- und Mittelunternehmer investitionsbereit. Nach Angaben des WIFO erwartete man gerade im Bereich der Immobilieninvestitionen einen Rückgang um einen Prozentpunkt, was sich durch die Erhebung durch die Creditreform Austria Wirtschaftsforschung ebenfalls bestätigen lässt. Auch der Handel zeigte sich investitionsscheu und verzeichnete einen Rückgang von 7,5 Prozentpunkten. Am investitionsfreudigsten war das verarbeitende Gewerbe, rückzuführen darauf, dass die Industrie aus Gründen der Kapazitätsauslastung auf Maschinen, Technologie angewiesen ist und tendenziell die meisten Betriebsinvestitionen tätigt.

Tabelle 7 Investitionsbereitschaft der KMU, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)

	Investitionsbereite Unternehmen
Verarb. Gewerbe	54,1 (55,2)
Bau	48,3 (52,8)
Handel	39,2 (46,7)
Dienstleistungen	51,5 (55,6)
Gesamt	45,6 (51,3)

Das Wirtschaftsministerium berichtet darüber hinaus von einem Rückgang von 13 Prozentpunkten der Ausrüstungsgegenstände, und vor allem einem Rückgang der KfZ Anschaffungen um fast 30% Prozentpunkte. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010, p. 18)

3.2.4.6 Ertragslage

Dieser Parameter ist handfester als der vorangegangene, meldeten im Jahr 2009 noch etwa zwei Drittel Einbußen, so sind steigende Erträge 2010 deutlich häufiger: In allen Sektoren ist der Ertrag gestiegen und es wurde parallel dazu der Anteil der sinkenden Erträge gedrückt. Im Baugewerbe sind es zwar nur 3,6 Prozentpunkte der steigenden Erträge und demgegenüber 50,6%, die gefallen sind, die Werte sind dennoch besser als im Vorjahr.

Tabelle 8 Ertragslage der KMU, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)

	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	19,1 (8,5)	40,5 (27,3)	39,6 (63,6)
Bau	3,6 (2,3)	45,8 (33,7)	50,6 (64,0)
Handel	20,3 (11,9)	46,4 (27,8)	32,5 (60,3)
Dienstleistungen	21,0 (11,4)	41,4 (27,7)	37,6 (58,2)
Gesamt	18,9 (10,5)	43,9 (28,2)	36,6 (60,2)

3.2.4.7 Eigenkapital

In Kapitel 4.2.3 wird auf die Rolle des Eigenkapitals in der Unternehmensfinanzierung noch näher eingegangen. Aus den Ergebnissen der Creditreform Wirtschaftsforschung ergibt sich, dass rund ein Viertel (24,1%) der Unternehmen bei einer Eigenkapitalquote, die unter 10% liegt, halten - dies ist eine krisenverschuldete Verschlechterung, nach der Krise waren es im Vorjahr nur 18,7%, gleichzeitig hat sich die Anzahl der Betriebe, die über eine mittelmäßige Eigenkapitalausstattung verfügen, leicht verringert. Insgesamt waren die Unternehmen 2010 jedoch wieder besser ausgestattet, der Hauptanteil der Eigenkapitalausstattung lag zwischen etwa 10% bis 30%.

Tabelle 9 Ertragslage der KMU, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)

	bis 10%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gewerbe	15,8 (13,4)	39,2 (43,5)	45,0 (43,0)
Bau	24,7 (18,9)	36,4 (46,0)	38,8 (35,1)
Handel	22,3 (17,7)	37,5 (36,3)	40,2 (46,0)
Dienstleistungen	28,8 (21,5)	36,5 (48,0)	34,6 (30,4)
Gesamt	24,1 (18,7)	37,2 (42,0)	38,5 (39,1)

3.2.4.8 Finanzierungsbedingungen

Jedes Unternehmen ist auf Fremdkapital angewiesen, die häufigste Form ist der Bankkredit. Wie in Kapitel 1 erläutert wurde, ist es für die Unternehmer schwieriger geworden, ihre Finanzierung über Kredite zu gestalten, da die Vergabe durch Banken zurückgegangen ist. Für 56,3% der KMU ist nach eigenen Angaben die Unternehmensfinanzierung schwieriger geworden. Insgesamt ist es in jedem Sektor erschwert, Kredite zu erlangen, als vor der Krise. Der Prozentsatz von Unternehmern, die angeben, die Finanzierung wäre nach der Krise einfacher geworden liegt bei verschwindend kleinen 1,3%. Banken verlangen höhere Sicherheiten, außerdem sind die Zinsen gestiegen.

Tabelle 10 Ist die Unternehmensfinanzierung heute schwieriger als vor einem Jahr?, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)

	ja, ist schwieriger	nein, unverändert	nein, ist einfacher geworden	weiß nicht
Verarb. Gewerbe	49,8	41,4	2,0	6,8
Bau	55,0	36,9	0,0	6,6
Handel	55,8	36,5	1,7	6,0
Dienstleistungen	59,2	34,0	0,9	5,9
Gesamt	56,3	36,1	1,3	6,3

3.2.4.9 Insolvenzen

Die jährlichen Insolvenzen sind eine Kenngröße der wirtschaftlichen Gesamtsituation. Es ist noch zu früh darüber zu urteilen, ob die Zeit des wirtschaftlichen Einbruchs bereits vorüber ist. Im Jahr 2010 gab es 1.635 Insolvenzen, das sind 16 Stück oder 1% Verbesserung zum Vorjahr, es ist jedoch zu optimistisch von einer Verbesserung zu sprechen, wenn viele Unternehmen noch mit kritischen Zeiten kämpfen. 55,5% gaben an, dass die aktuell wirtschaftlich angespannte Lage Ursache für den finanziellen Ruin eines Unternehmens ist.

3.2.4.10 Resümee

Während des Jahres 2009 herrschten in *jedem* Bereich schlechtere Bedingungen als 2008, 2010 hat sich in den meisten Bereichen zumindest Stabilität eingestellt, was eine eindeutige Verbesserung der Konjunkturlage ist.

4 Teil 2: Steckbrief: KMU

Dieser Abschnitt behandelt die Rolle des Mittelstandes für Volkswirtschaften in Europa und in Österreich. Das Kapitel enthält eingangs die Definition gemäß EU, anschließend wird die Finanzierungssituation von KMU betrachtet und schließlich werden Förderungsinstrumente seitens EU untersucht. Im darauf folgenden Kapitel 5 wird auf die Rolle des Staates eingegangen und die Förderlandschaft Österreich im Speziellen.

KMU tragen die europäische und damit auch die österreichische Wirtschaft, man spricht nicht selten von ihrer Rolle als „Motor der Wirtschaft“ - oft werden die beiden Begriffe KMU und Motor im selben Atemzug erwähnt. KMU sind also die „Lebensadern“ der Wirtschaft.

Der europäische Mittelstand trägt unmittelbar zu Wachstum, Beschäftigung, unternehmerischen Fähigkeiten, Innovation und letztlich wirtschaftlichen Zusammenhalt bei. (EU-Kommission, 2005)

KMU haben gegenüber großen Unternehmen den entscheidenden Vorteil von Innovationspotential und können auf die durch die Globalisierung herbeigeführte Dynamik von Technologie, Innovation aber auch des Marktes eingehen, da sie strukturellen Veränderungen und Wettbewerbsdruck leichter standhalten können. Spricht man von einem österreichischen Unternehmen, so ist dieses fast immer ein KMU.

4.1 Definition

Um Förderansprüche regulieren zu können, gibt die Europäische Kommission seit dem 1.5.2005 eine Definition für kleine und mittlere Unternehmen vor, diese Definition löst jene aus dem Jahr 1996 ab. Sind in einem Unternehmen bis maximal 250 Personen beschäftigt, übersteigt der Jahresumsatz den Schwellenwert von 50

Millionen Euro nicht, beziehungsweise beträgt die Bilanzsumme nicht mehr als 43 Millionen Euro, so spricht man laut EU Wettbewerbsrecht von kleinen und mittleren Unternehmen, von KMU. (EU-Kommission, 2005a, p. 5)

In der Festlegung von 2005 findet sich zum ersten mal eine Abgrenzung zu Kleinstunternehmen, auch Mikrounternehmen genannt, es sind dies Unternehmen mit maximal 9 Beschäftigten und einem Jahresumsatz oder einer Bilanzsumme von höchstens 2 Millionen Euro (Mugler, 2008, p. 20)

Es darf dabei entweder Jahresumsatz oder Bilanzsumme überschritten werden, um der unterschiedlichen Kapitalintensität einzelner Branchen Rechnung tragen zu können. Außerdem sind Ein-Personen-Unternehmen, EPU, hervorzuheben, diese sind eine besondere Ausprägung der Mikrounternehmen ohne Beschäftigten neben dem Unternehmer selbst. Das EU Wettbewerbsrecht kennt neben den erwähnten Größenabgrenzungen auch Definitionen für „autonome Unternehmen“, „Partnerunternehmen“ und „Verbundene Unternehmen“. (ebd., p. 20)

Die präzise Abgrenzung der KMU ist notwendig, um zu vermeiden, dass sich Unternehmen anderer Größenordnungen durch formale Aufspaltung oder Ausgliederung Vorteile von KMU zu Nutzen machen könnten. Die neue Definition soll außerdem erwirken, dass Förderungen ausschließlich Unternehmen zugute kommen, die Unterstützung tatsächlich benötigen. Die Empfehlung der EU-Kommission bietet Instruktionen zur Berechnung von Finanz- und Personalabgaben, die das Deuten von geschäftlichen Beziehungen zwischen KMU und beispielsweise Investor erleichtern sollen. (EU-Kommission, 2005a, p. 8 ff.)

Der europäischen Definition steht die amerikanische Gesetzgebung gegenüber, welche andererseits nach Umsatzvolumina sowie nach Beschäftigungszahl unterscheidet, wobei die Richtwerte branchenabhängig sind und beispielsweise der Automobil- und Lebensmittelsektor unterschiedliche Grenzwerte aufweisen. (Mugler, 2008, p. 21)

4.2 Mittelstandsfinanzierung

Selten können sich KMU von Anfang an eine reine Eigenkapitalausstattung (oder „Innenfinanzierung“ durch einbehaltene Gewinne) leisten, sie sind deshalb angewiesen auf Fremdkapitalfinanzierung (Außenfinanzierung) oder Mischformen. Fremdkapital kann dem Unternehmen in verschiedenen Formen zugebracht werden: Lieferantenkredite, Leasing, Factoring seien an dieser Stelle kurz erwähnt. Auf einige weitere Formen und Mischformen der Außenfinanzierung wie zum Beispiel dem Förderkredit wird zu einem späteren Zeitpunkt in Kapitel 5 eingegangen.

Die häufigste Finanzierungsform von KMU ist jedoch der Bankkredit, wie im folgenden Abschnitt ausgeführt wird. Beim Bankkredit ergibt sich für mittelständische Unternehmen folgende Problematik: Um Kredite bei Banken einholen zu können, fehlt es an einer (Erfolgs-) Geschichte bzw. einer Dokumentation des wirtschaftlichen Aufschwungs, sei es in Form eines Jahresabschlusses oder eines Nachweises der Rückzahlungsfähigkeit. Die Kreditinstitute können nicht wissen, ob das Unternehmen dem Fortführungsprinzip (Going-Concern-Prinzip) folgt und reagieren mit Zurückhaltung bei der Vergabe von Kapital.

Ein immer wichtigeres Thema bei der Unternehmensfinanzierung sind die BASEL Bestimmungen zur Fremdkapitalfinanzierung von Unternehmen geworden, die in wirtschaftlich turbulenten Zeiten auch medial in den Mittelpunkt der Debatte zur weltweiten Finanzkrise gerückt sind. Das Kapitel Mittelstandsfinanzierung wird mit einer kurzen Vorstellung der Basel Bestimmungen eröffnet.

4.2.1 BASEL II

Seit dem Jahr 2007 gelten die Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht für sämtliche Banken der EU. Dies hat die Fremdkapitalfinanzierung aufgemischt und das Kreditgeschäft reformiert. Basel II schaffte mehr Transparenz in das Kreditwesen und die Unternehmensfinanzierung. Im Folgenden soll das Konzept

von Basel II kurz erläutert und auf den Anwendungsbereich der KMU eingegangen werden.

Der Baseler Akkord (auch Basel I genannt) legte bis zum Jahr 2007 eine Quote von 8% bei Krediten als unerwartete Risikodeckung fest. Für das Entstehen der Finanzkrise haben die Baseler Bestimmungen einen wichtigen Beitrag geleistet, da die Kreditinstitute aufgrund der strengen Regelungen jene Kredite, welche über die Quote von 8% hinausgingen, unternehmensintern mit Hilfe von den bereits erwähnten Zweckgesellschaften oder Special Purpose Vehicles (SPV), umschichten mussten und sie diese so in einem beinahe kosmetischen Akt aus ihrer Bilanz heraushalten konnten, respektive mussten.

Basel I war einerseits eine „Quersubventionierung von Krediten zwischen guten und schlechten Schulden (...)“, welche Schuldner in nur vier Risiko-Kategorien einteilte, nämlich:

- Kredite an OECD Staaten (0% Eigenkapitalunterlegung notwendig)
- Kredite an Banken mit Sitz in OECD Staaten (20%)
- Wohnungsbau-Hypothekenkredite (50%)
- Kredite an Unternehmen/an alle übrigen Kunden (100%)

und andererseits führte dieses System zu „Fehlanreizen bei der Kreditvergabe, da innerhalb der Risikoklassen keine weiteren Abstufungen vorgenommen wurden“. (Hausner & Warns, 2008, p. 198ff)

Basel II sollte die Eigenkapitalausstattung gegen Risiko rüsten. Darüber hinaus verlangt die Regelung bei hoher Bonität nach weniger Eigenkapitalsynchronisation, ist die Bonität hingegen niedrig bedarf es einer höheren Deckung, denn je höher das Risiko desto „mehr Eigenkapital muss eine Bank vorhalten (...)“ mit der Folge, dass „(...) die Refinanzierungskosten der Banken steigen“. (Aschauer, 2009, p. 14) und (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2011a)

Die Kapitalquote von weiterhin 8% setzt sich wie folgt zusammen: es werden 4% harte Eigenkapitalunterlegung aus klassischen Aktien, Gewinnrücklagen oder

hybridem Kernkapital festgelegt (Website der Zeitung "Der Standard", 2010), der „gute Schuldner“ muss weniger Eigenkapital einhalten als der „schlechte Schuldner“. (Aschauer, 2009, p. 14) Tier⁴ 2, eine weitere Stufe der Kapitalklassifizierungen sieht sogenanntes Ergänzungskapital, Kapital, das der Bank nicht dauerhaft zur Verfügung steht, vor und schließlich Tier 3 mit Drittrangmitteln, „kurze bis mittelfristige nachrangige Verbindlichkeiten“ mit einer Laufzeit von zwei bis 5 Jahren. (Website der Zeitung "Der Standard", 2010)

Ratings bemessen die Bonität, also die Kreditausfallsquote der Schuldner. Die Bonitätsklassen reichen von AAA (erstklassige Bonität) bis zu B- (sehr geringe Bonität) (siehe Anhang Tabelle 16 Ratingklassen .

Die Unterteilung der Risikoklassen ist weit differenzierter als zuvor bei Basel I. Ratingagenturen nehmen nunmehr eine unverzichtbare Rolle ein, da „(...) Forderungen ohne externes Rating kein Risikogewicht erhalten können, das niedriger als das Risikogewicht des Sitzlandes ist“. „Creditor Relations“ sind dabei Mechanismen, die Einblick in die Vermögenssituation der Unternehmen geben sollen. (Hausner & Warns, 2008, p. 200ff)

Durch Basel II wird also einer Risikoadjustierung des Fremdkapitalzinssatzes entgegen gewirkt, zahlungskräftige Unternehmer können nunmehr zahlungsschwache Unternehmen nicht mehr quer-unterstützen. (Eilenberger & Haghani, 2008, p. 54)

Welchen direkten Einfluss hat Basel II nun auf KMU?

Während Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern durch die Einführung von Basel II mit keinen gravierenden Auswirkungen auf die Finanzierungsstruktur rechnen, spüren im Gegensatz dazu KMU die negativen Effekte der Neuerung, nicht zuletzt da sie größeren Ausfallsrisiken unterliegen, zudem sind sie sogenannten Risikozuschlägen ausgesetzt, welche die Kreditkonditionen verschlechtern. (Eilenberger & Haghani, 2008, p. 55)

⁴ „Tier“, engl. für „Rang“

KMU, die ihre Finanzierung größtenteils über Bankkredite abwickeln, sind durch die Erneuerung des Abkommens besonders betroffen. Aus diesem Grund wurde eine Erleichterung für KMU ausgemacht, nämlich ein 20%iger Risikoabschlag bei Unternehmen, deren Jahresumsatz 5 Mio. Euro nicht überschreitet. Dies gilt ebenso für Kredite unter 1 Mio. Euro. Insgesamt führt diese Maßnahme jedoch zu einer Kreditverteuerung für den Mittelstand, da für gering mit Eigenmitteln ausgestattete Unternehmen trotz Erleichterung die Barrieren für den Kreditzugang erhöht sind. (Aschauer, 2009, p. 15)

Die Urgenz von Finanzierungsstrategien auch für KMU rückt somit mehr in den Mittelpunkt der Unternehmensführung. In der Literatur ist man sich einig darüber, dass KMU ihrer Finanzierungspolitik erhöhte Aufmerksamkeit pflichten sollen. Weil die Geschichte zeigt, dass die Regulierung durch Basel II einige Schwächen aufzeigt, sprechen wir aktuell schon von Basel III.

4.2.2 BASEL III

Im Winter 2010 fassten die G20 in Seoul den Entschluss einer Reform des Internationalen Währungsfonds und einer strengeren Bankenregelung, da Basel II der weltweiten Finanzkrise nicht standhalten konnte. (Website der Zeitung "Die ZEIT", 2010a) Basel III soll bis 2013 in Kraft treten mit dem Zweck die Banken für Krisenzeiten zu rüsten und zu einer weiteren Liquiditätssicherung zu führen und Hebelwirkungen zu vermeiden.

Ziel ist, in „guten“ Zeiten einen Kapitalpuffer aufzubauen für „schlechte“ Zeiten, da bisher während des Booms von den Kreditinstituten keine Reserven gebildet und zu viele Kredite vergeben wurden. (Website der Zeitung "Die ZEIT", 2011)

Im Detail sieht die Regelung wie folgt aus:

Das Kernkapital Tier 1 soll verstärkt werden aber auch die hybriden Finanzmittel sind von der Neuerung betroffen, sollen diesen drei Merkmalen entsprechen:

- die Hybridmittel müssen effektiv einbezahlt werden,
- dauerhaft zur Verfügung stehen und
- zur etwaigen Verlustdeckung in Anspruch genommen werden können. (Core Tier 1)

Die in Abschnitt 4.2.1 bereits erwähnten Drittrangmittel Tier 3 sollen eingestellt werden, eine weitere Kennzahl zur Bewertung wurde eingeführt, der Leverage Ratio. Dieser soll die Verschuldung einer Bank im Vergleich zu ihrem risikogewichteten Eigenkapital angeben. (Website der Zeitung "Der Standard", 2010)

Im Herbst 2010 berichten die Medien von einer Verdopplung der Kapitalquote von 8% auf 16% sowie dem sogenannten Conservation Buffer oder „Kapitalerhaltungspuffer“-eine verpflichtende Rücklage für schwache Konjunkturlagen- von bis zu 3% an Reserven, die bis zum Jahr 2018 eingeführt werden soll. Die Zusammensetzung besteht aus 6% der Klasse Tier1, 4% von Tier 2 und den zwei Puffern von je 3%, also 16%. Damit verringert sich das Volumen an Krediten, das die Banken vergeben können, was sich direkt auf deren Umsatz und Gewinn auswirkt. (Website der Zeitung "Die ZEIT", 2010)

4.2.3 Eigenkapital

Je nach Rechtslage unterliegen die Unternehmen Vorschriften zur Bildung und Erstellung von Eigenkapital. Unternehmen können durch Gewinnthesaurierung, also der Einbehaltung von Gewinnen, ihr Eigenkapital stärken. Für KMU ist es schwieriger Gewinne einzubehalten, also beispielsweise Rücklagen zu bilden, was den Ausschüttungsbetrag verringern und Eigenkapital an das Unternehmen binden würde. (Hausner & Warns, 2008, p. 53)

Vor der Finanzkrise betrug die Eigenkapitalquote⁵ der österreichischen KMU laut KMU Forschung Austria rund 24%. Diese Zahl bezieht sich auf das Bilanzjahr

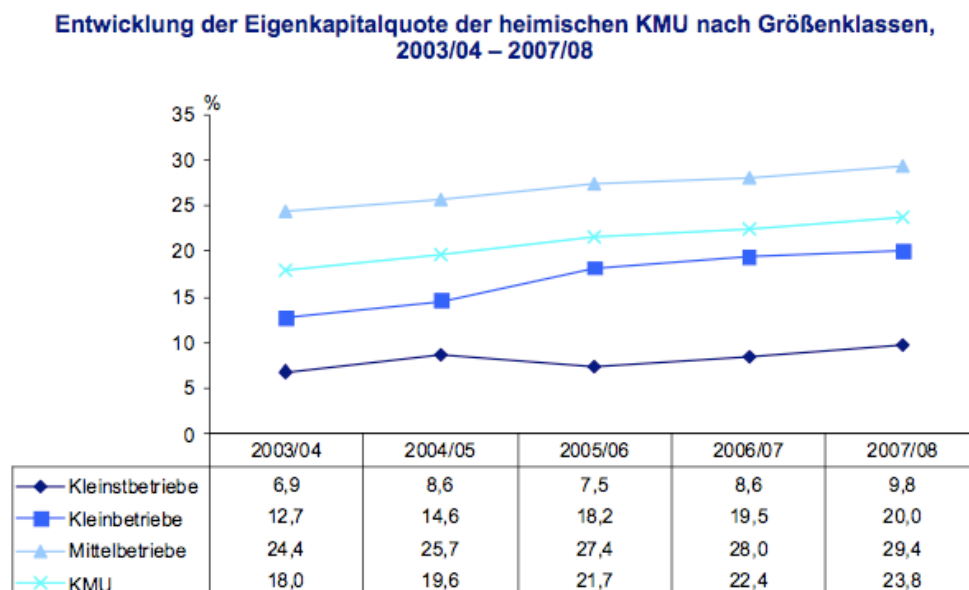
⁵ Die Eigenkapitalquote ist der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme, errechnet durch das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital

2007/2008. Je größer ein Betrieb, desto höher sind die Eigenkapitalmittel. In den Jahren vor der Finanzkrise sprach die KMU Forschung Austria sogar von einer Erhöhung der Eigenkapitalausstattung bei gleichzeitiger Verringerung der Betriebe mit negativer Eigenkapitalquote und zudem von einer sinkenden Bankverschuldung von 38% auf 33%. (Website der KMU Forschung Austria, 2009) Die Studie der Creditreform Austria Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2010 (siehe Abschnitt 3.2.4) bestätigt ebenfalls, dass die Eigenkapitalausstattung und die Unternehmensgröße positiv zusammenhängen, wie folgende Tabelle ersichtlich macht:

Tabelle 11 Niedrige Eigenkapitalausstattung nach Unternehmensgröße, Angaben in Prozent (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)

	Eigenkapitalquote <10% der Bilanzsumme	%-Anteil
	bis 5 Mitarbeiter	35,7%
	bis 10 Mitarbeiter	27,1%
	bis 20 Mitarbeiter	27,6%
	bis 50 Mitarbeiter	20,9%
	bis 100 Mitarbeiter	16,5%
	bis 250 Mitarbeiter	17,5%

Allgemein ist die Entwicklung der Eigenkapitalquote über die Jahre auch in dem folgenden Diagramm ersichtlich.



Eigenkapitalquote = buchmäßiges Eigenkapital in % des Gesamtkapitals

Abbildung 3 Eigenkapitalquote, (Website der KMU Forschung Austria, 2009)

Eine reine Eigenkapitalfinanzierung ist für den Mittelstand oftmals aus Gründen von Unternehmensgröße- und Umfang nicht möglich. (Website der KMU Forschung Austria, 2009, p. 2)

Große Unternehmen, meist Kapitalgesellschaften, können Aktien ausschütten oder Unternehmensanleihen vergeben, was dem Mittelstand selbsterklärend nicht möglich ist, sein Zugang zum Kapitalmarkt ist beschränkt und auf lokale Märkte reduziert. Österreich ist ein bankbasiertes Land, was bedeutet, dass Kredite, die von Banken zur Verfügung gestellt werden, die meist verbreitete Finanzierungsform darstellen. (Aschauer, 2009, p. 12) Weil die Transaktionskosten von KMU höher als jene von großen Unternehmen sind, ist der Zugang zum Finanzmarkt erschwert, und KMU können nicht auf andere Finanzierungsquellen zugreifen. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010a, S. 9) In Österreich besteht zudem eine starke Verflechtung der Unternehmen mit den Banken, diese sind häufig kleiner (Hausbanken) und finanzieren sich durch die Kreditvergabe an KMU, fern von internationalen Kapitalmärkten. (Aschauer, 2009, p. 12) Jedoch sollte durch Basel II

durch die vereinheitlichten Maßstäbe bei der Kreditvergabe eine Abwendung von diesem klassischen Hausbankprinzip erreicht werden. (Eilenberger & Haghani, 2008, p. 54)

Das Eigenkapital wird durch Eigenkapitalgeber gestellt, die unmittelbare Risikoträger sind, da sie unmittelbar mit der Unternehmensperformance partizipieren. Die Eigenkapitalgeber sind aktiv an der Unternehmenswertsteigerung interessiert und meist auch daran beteiligt. Eigenkapital wird langfristig und unbegrenzt zur Verfügung gestellt, die Rückzahlungspflicht entsteht mit Auflösung der Gesellschaft. (Aschauer, 2009, p. 20ff)

Die Eigenkapitalquote ist in Österreich wie bereits erwähnt als niedrig einzustufen, dies mag daher rühren, dass bei Personengesellschaften Privatentnahmen häufiger vorkommen als bei großen Kapitalgesellschaften und führt wiederum dazu, dass die positive Ertragslage nicht für die Eigenkapitalerhöhung genützt wird. (Aschauer, 2009, p. 12)

Man geht sogar soweit, zu sagen, Unternehmer müssten lernen, dass sich geringere Entnahmen langfristig lohnen, da sie bisher in ertragsstarken Jahren nicht substantiell ihre Eigenmittelausstattung verbessert haben. Fatal ist hingegen, wenn Gesellschafterentnahmen die Gewinne übersteigen, eine desaströse Finanzstruktur ist die Folge. Andererseits hält das effiziente Haushalten, also das Erhalten einer hohen Eigenkapitalquote durch geringe Ausschüttungen in konjunkturstarken Jahren, den Verschuldungsgrad niedrig, wodurch sich die Finanzierungskosten minimieren, und so die Konditionen besser sind. KMU sind risikoresistenter je höher ihr Eigenkapitalanteil ist. (Aschauer, 2009, p. 133)

4.2.4 Fremdkapital

Die klassische Außenfinanzierung ist der Bankkredit. Einem Unternehmen wird unter vorgefertigten Konditionen für einen gewissen Zeitraum Kapital zur Verfügung

gestellt, der Kapitalgeber ist am Erfolg oder Misserfolg der Unternehmensperformance nicht beteiligt. (Eilenberger & Haghani, 2008, p. 50)

4.2.4.1 Finanzierung über Bankkredite

Wie bereits erwähnt sind Bankkredite für die Wirtschaftsleistung von KMU von entscheidender Bedeutung und „*die wichtigste Quelle externer Finanzmittel*“, denn sowohl Investitionen als auch Umlaufkapital und Warenvorräte sind mit Hilfe von Krediten finanziert (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010a, S. 8).

Um jedoch an Fremdkapital zu kommen, stellen die Unternehmen den Banken ihre Jahresabschlüsse (bzw. Bilanzen so der Unternehmensumsatz diese zur Rechnungslegung verpflichtet) zur Verfügung, nach welchen sich die Kreditbemessung gestaltet. Jedoch ist ein Jahresabschluss nicht immer repräsentativ. Die Kommunikation zwischen Banken und Unternehmern ist ein empfindlicher Aspekt in der Finanzierungsfrage. Der Jahresabschluss ist nämlich nach heutigen Standpunkten keine suffiziente Messlatte mehr, da die Zeitnähe und Aktualität oft fehlen. (Aschauer, 2009, p. 3)

Die Höhe der Kreditkosten bemisst sich durch qualitative und quantitative Größen: Es werden ebenso Managementfähigkeiten wie Kennzahlen aus dem Controlling in die Bemessung aufgenommen. (Eilenberger & Haghani, 2008, p. 54) Für die Zeit vor der Krise ermittelt die EU-Kommission einen durchschnittlichen Zinssatz von 7-9%. Neben Bankkrediten lief die Finanzierung ebenfalls über Überziehungsrahmen, eine teurere Methode, sie bietet allerdings eine höhere Flexibilität. Die meisten europäischen KMU beziehen Kredite über nur eine Bank. Laut Kommission steigt die Anzahl der Banken, bei welchen sich die Unternehmen verschulden, mit der Betriebsgröße. 52% der Kleinstunternehmen beziehen Finanzmittel von einer Bank, während bei mittlerer Betriebsgröße 22% bei mehreren Kreditinstituten verschuldet sind. (EU-Kommission, 2003, p. 22) In Österreich liegt der Kreditzinssatz vor der Krise bei 4,11% und im Jahr 2009 deutlich darunter bei 2,89%. Seit November 2008 senkte die EZB sukzessive den Leitzinssatz, damit verringerten sich auch die

Kreditzinsen in Europa. Im Juli 2011 lag der Kreditzinssatz für Kredite bis 1 Mio. Euro an KMU bei 3,12%. (Website der OeNB, 2011)

Neben den Zinsen treten beim klassischen Bankkredit auch noch Kreditnebenkosten auf; diese indirekten Kreditnebenkosten sind laut Österreichischer Nationalbank seit 2007 kontinuierlich gestiegen. (OeNB, 2009, S. 18)

Es ist davon auszugehen, dass die Entwicklung der Konjunktur die Kreditvergabe an KMU merklich beeinflusst, ist die Wirtschaft im Aufschwung werden andere Maßstäbe und Risikoeinschätzungen bei der Vergabe verwendet, als in Zeiten von Rezession. Eine Studie der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank⁶ zeigt, dass dies für mittlere Unternehmen in jedem Fall zutrifft, nicht jedoch für kleine Unternehmen in Europa. Mittlere Unternehmen genießen gewisse Vorteile, durch ihr Größe können Banken diese besser einstufen als ihre kleinen Mitstreiter. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010a, S. 9)

Dennoch kann gesagt werden, dass der Bankkredit für den Mittelstand wichtiger ist, als für große Unternehmen, jedoch sinkt der Anteil der Banken an der KMU Finanzierung stetig, dies betrifft alle Unternehmensgrößen. Noch bevor die Finanzkrise nach Österreich schwappen konnte, ist im Jahr 2006 die Bankverschuldungsquote bei sehr kleinen Unternehmen von 60% auf 50% gesunken, dieser Trend ist auch bei großen Unternehmen zu beobachten. (OeNB, 2009, S. 5)

Im Zuge der einfallenden Rezession ist also beobachtet worden, dass die Kreditvergabe an österreichische Unternehmen zurückgegangen ist. Das Gesamtvolumen der Kredite, die an Unternehmen vergeben wurden, ist im Jahr 2009 um 2,3 Mrd. gesunken, dies ist ein Abwärtstrend, stieg es im Jahr 2008 doch noch um 11,3 Mrd. an. Momentan werden 90,6 Mrd. Euro an Unternehmenskrediten vergeben, davon sind 80% Kredite mit kurzer Laufzeit, also bis zu 6 Monaten. 56,3% der Unternehmer beklagen sich über die derzeitige Lage am Kreditmarkt und behaupten, im Zuge der Finanzkrise hätte sich die Lage dramatisiert. In fast allen

⁶ „Access to finance of SME in the Euro Area. Analytical Report“

Fällen (91,7%) verlangten die Banken nach höheren Sicherheiten, 12,6% erhielten eine Absage ihres Kreditantrags. Die Kosten der Kredite sind in 26,5% der Fälle angestiegen. (Creditreform Wirtschaftsforschung, 2010, p. 18)

Die Kredithöhe betrug bei 60% der befragten Unternehmen weniger als 100.000 Euro, lediglich 3% bezogen Summen über 500.000 Euro im europäischen Raum. Die Laufzeit erstreckte sich größtenteils auf mehr als drei Jahre. Im Dienstleistungssektor häuften sich längere Laufzeiten mit bis zu 5 Jahren oder länger, die EU Kommission führt dies auf geringe Profitabilität, geringe Cashflows und hohe Investitionen (Geschäftsübernahmen, Übertragungen, Beschaffung von Anlagevermögen) zurück. (EU-Kommission, 2003, p. 23)

Zwei gleichzeitig stattfindende Umstände haben es den KMU seit der Krise jedoch schwer gemacht: Die Finanzierungsbedingungen sind erschwert und zwar wurden auf der einen Seite die Zinsen durch die EZB gesenkt, dem gegenüber stehen aber die Kreditaufschläge, also die Differenz zwischen Kreditzinsen und dem 3-Monats-EURIBOR, welche gerade bei Kleinkrediten bis zu 1 Mio. Euro höher sind als vor 2009. (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2010a, S. 52)

In jedem Fall hat die Finanzkrise das öffentliche Vertrauen in das Bankensystem erschüttert, von einer „Kreditklemme“ ist laut WIFO jedoch noch nicht die Rede, da der Abwärtstrend des Kreditvolumens lediglich eine „moderate Wachstumsverkürzung“ sei. Dieser Umstand wird dadurch verstärkt, dass sich die Kreditzinsen im Gleichklang mit dem Leitzinssatz befanden, gerade bei kurzfristigen Krediten. Bei Krediten über 1 Mio. Euro war dies nicht immer so. Mittelfristige Kredite sind teurer geworden als vor der Krise. Jene KMU, welche von einer deutlichen Verschlechterung der Kreditlage sprachen, gehören meist Branchen an, die allgemein von der Rezession beeinträchtigt waren, oder befanden sich schon vor der Krise in einer misslichen Finanzierungssituation. (Hölzl, 2010, p. 122ff.)

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Unternehmen den Banken „rückblickende“ Informationen zur Verfügung stellen, was zu Problemen des Informationsmangels führt. Kleinstunternehmen stellen verhältnismäßig am wenigsten Informationen zur Verfügung, da die einzige Quelle ein Bankkonto ist und

sie darüberhinaus über keine Kreditlinie verfügen. Die weit verbreitete Privathaftung der Unternehmer rechtfertigt das Zurückhalten der finanziellen Auskunft. Eine Hilfestellung der Banken für kleine Unternehmen, die keine eigene Buchhaltungsabteilung oder Controlling besitzen, können standardisierte Business Pläne, Cashflow Berechnungen und dergleichen mehr Simulationssoftware sein. (EU-Kommission, 2003, p. 25)

4.3 KMU- Förderung in der EU

99,8% von 20 Millionen Unternehmen der EU-27 sind KMU, ihr Einfluss auf die europäische Volkswirtschaft ist eminent. 67,1% der gesamten Arbeitskraft in Österreich ist in KMU angestellt und trägt zu 57,6% der Wertschöpfung bei. Durchschnittlich sind 4,3 Personen in einem Betrieb beschäftigt. (Schmiemann, 2008).

KMU sind ein vielversprechender Wirtschaftsfaktor, da sie durch ihre Größe mehr Wachstums- und Innovationspotenzial als Großkonzerne halten und damit auf den technologischen Fortschritt besonders gut eingehen können. In Zeiten von Globalisierung, strukturellem Wandel und scharfem Wettbewerbsdruck sind KMU entscheidend für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Vertrag von Lissabon - genauer in der Strategie für Wachstum und Beschäftigung 2005 - sind die Bedürfnisse von KMU explizit festgehalten. (EU-Kommission, 2008, p. 2)

Des Weiteren hat die EU-Kommission 2008, um den Verlauf und die Gesundheit von KMU anhaltend zu stärken, den Small Business Act für Europa (SBA) initiiert.

4.3.1 Europäische Förderpolitik

Um die EU Förderpolitik besser umfassen zu können, ist es notwendig, das Konzept der Europäischen Kommission kurz zu erläutern: Die Europäische Kommission ist als

supranationale Institution einzustufen, die von Regierungen unabhängig ist. Sie hält das Initiativrecht inne. Ihre Aufgabe als Dispositionierende von Rechtsvorschriften und Durchführende von Programmen ist im Falle der KMU Politik relevant, sie verwaltet außerdem die Struktur- und Kohäsionsfonds der EU. (Website der Europäischen Kommission, 2010)

Die EU kann nationale Regierungen über Kredite, Zuschüsse, Bürgschaften oder Haftungen unterstützen, Infrastruktur hierfür stellen nicht nur EU eigene Programme dar, sondern auch indirekte Instrumente wie Strukturfonds oder direkte Methoden wie nationale Förderstellen. Agile Unternehmer, die den technologischen Wandel der Zeit nutzen können, gelten als kausal für den Wohlstand der Europäischen Union, die EU strebt daher an, sich das Potenzial der KMU nützlich zu machen.

Die EU setzt einen Schwerpunkt auf die Förderung und Stärkung der KMU, frei nach dem Motto „Think small first“. Es gilt der Gedanke, was gut für unsere kleinsten Unternehmen ist, ist auch gut für die Gesamtwirtschaft. Im Zuge dessen wurden einige Fördermaßnahmen und Programme ins Leben gerufen. Um es mit den Worten von Günter Verheugen auszudrücken:

„(...) die Probleme der KMU sind bekannt. Sie sind nicht neu. Neu ist, dass wir sie energisch lösen wollen. Mit einem integrierten Politikansatz. Das geht nur gemeinsam. Im Dreiklang der Institutionen, in Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten und in engem Schulterschluss mit der Wirtschaft, denn auch dort gibt es eine Verantwortung für Geschäftsbeziehungen, die den kleinen und mittleren Unternehmen den Rücken stärken, statt ihnen das Rückgrat zu brechen.“

(Verheugen, 2005, p. 4)

Günter Verheugen fasst die Förderungsmaßnahmen noch lange vor dem Einfall der Krise von 2007, 2008 in seiner Rede aus dem Jahr 2005 mit folgenden Begriffen zusammen: „bessere Förderung unternehmerischer Initiative und Fähigkeiten“, „Verbesserung des Marktzugangs“, „Abbau bürokratischer Hindernisse“, „Verbesserung des Wachstumspotenzials der KMU“ und schließlich „Konsultation und strukturierter Dialog mit den Interessensvertretern“. (Verheugen, 2005, p. 2 ff)

Denn neben den Beeinträchtigungen durch den aktuellen Konjunkturerinbruch sind KMU außerdem noch Problemen wie Defiziten in der Ausweitung auf den Binnenmarkt oder dem Vorzug von großen Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen und damit resultierenden Hindernissen ausgesetzt.

Hohes Bürokratieaufkommen und damit verbundenen Kosten sind hinderlich für Wachstum, es dürfen nicht die gleichen Regeln für KMU wie für große Unternehmen angewandt werden, dies betrifft vor allem Bereiche wie Rechnungslegung oder das Führen der Bücher. Um innovativ zu bleiben, bedarf es finanzieller Hilfe, und eines erleichterten Zugangs zu europäischen Strukturfonds oder Rahmenforschungsprogrammen, etwa durch explizite KMU Ausschreibungen. Ein weiteres Problem im Feld der KMU ist auch die Tatsache, dass laut Günter Verheugen zu wenige Menschen in Europa Unternehmer werden wollen (ebd. p. 3 ff) (siehe dazu Abschnitt 5.1.1)

4.3.1.1 Der SBA

Im Jahr 2009 wurde der Small Business Act umgesetzt. (EU-Kommission, 2009a, p. 2) Er besteht aus zehn Grundsätzen, die für Regierungen auf nationalem aber auch EU weitem Level gelten und eine Verordnung darstellen, die für die konkrete Durchführung und Anwendung an den KMU Europas gilt.

- I. Ein Umfeld soll entstehen, in dem sich Unternehmer und Unternehmen in **Familienbesitz** entfalten können und in dem sich unternehmerische Initiative lohnt.*
- II. Rechtschaffene Unternehmer, die **insolvent** geworden sind, sollen rasch eine zweite Chance bekommen.*
- III. Regelungen sollten nach dem Prinzip „**Vorfahrt für KMU**“ gestaltet werden.*
- IV. **Öffentliche Verwaltungen** sollen verstärkt auf die Bedürfnisse der KMU eingehen.*

- V. Politische Instrumente** sollen KMU-gerecht gestaltet werden, so dass die KMU leichter an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen und staatliche Beihilfen besser nutzen können.
- VI.** Für die KMU soll der **Zugang zu Finanzierungen** erleichtert und ein rechtliches und wirtschaftliches Umfeld für mehr Zahlungsdisziplin im Geschäftsleben geschaffen werden.
- VII.** Die KMU sollen dabei unterstützt werden, stärker von den Möglichkeiten des **Binnenmarkts** zu profitieren.
- VIII.** Weiterqualifizierung und alle Formen von **Innovation** sollen auf der Ebene der KMU gefördert werden.
- IX.** Die KMU sollen in die Lage versetzt werden, **Umweltprobleme** in Geschäftschancen umzuwandeln.
- X.** Die KMU sollen ermutigt werden, vom **Wachstum** der Märkte zu **profitieren** und dafür entsprechende Unterstützung erhalten.
- (EU-Kommission, 2008)

Schon in der Schule sollen EU Bürger den Sinn für unternehmerischen Erfolg erlernen, damit soll gewährleistet werden, dass Familienunternehmen weiter bestehen können, auf diese Weise kann auch das Streben nach Innovation fortgeführt werden, wenn Innovation auf Tradition trifft.

Wie bereits erwähnt, sollen Individuen einen Anreiz im Unternehmergeist finden, besonderes Augenmerk legt die EU in der Verordnung dabei auf Frauen und Einwanderer, die sich selbstständig machen wollen. (EU-Kommission, 2008, p. 7)

Gescheiterte Unternehmer, die bereits ein Insolvenzverfahren durchlaufen haben, entwickeln eine beachtliche Ambition und sind oftmals im Besitz eines wirtschaftlich nicht irrelevant einzustufenden Erfahrungsschatzes, der bei einer neuerlichen Gründung wertvoll sein kann. Der SBA sieht deswegen eine „zweite Chance“ vor und hält diese als zweiten Grundsatz fest. Immer noch dauern Insolvenzverfahren mit durchschnittlich vier bis neun Monaten zu lange. Als Lösung werden Neugründungen nach Insolvenz im Rahmen von Förderprogrammen insofern unterstützt, dass diese gleichbehandelt werden wie Erstgründer. (EU-Kommission, 2008, p. 8)

Das Prinzip der „Vorfahrt für KMU“ soll in den Regierungsgagenden sämtlicher Mitgliedstaaten verankert werden und betrifft Aktivitäten von der Rechtsetzung bis zum öffentlichen Dienst. (EU-Kommission, 2008, p. 5)

Das Verwaltungsaufkommen soll um bis zu 25% reduziert werden. (EU-Kommission, 2008, p. 9) Im Zuge der Maßnahme zur Verringerung der Verwaltungslasten und Vereinfachung von administrativem Aufwand der EU ist neben dem SBA als Förderungs- bzw. Unterstützungsmaßnahme der KMU Test zu erwähnen, der Rechtsvorschlge auf ihre „KMU-Freundlichkeit“ berprft und damit ein Instrument zur Folgenabschätzung darstellt. Ein wirksamer Vorschlag, der infolge eines KMU Tests aufkam, ist die Entbehrlichkeit von Rechnungslegungsregeln für KMU. Der KMU Test ist in Belgien, Dänemark, Finnland und Deutschland bereits etabliert. (EU-Kommission, 2009a, p. 4 ff)

Das Gründen von Unternehmen soll beschleunigt werden, dies geschieht durch die Schaffung von sogenannten „One-stop-shops“⁷, die eine Hilfestellung für das Gründen und Eintragen von Gesellschaften darstellen. (EU-Kommission, 2009a, p. 4)

Durch die Minimierung von behördlichem Aufwand sollen Ressourcen für Innovation frei werden, denn es werden Zeit und Geld gespart. Als konkrete Umsetzung ist angedacht, dass das Eintragen einer Unternehmung den Zeitraum von einer Woche nicht übersteigen soll. (EU-Kommission, 2008, p. 10).

Der Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen fllt für KMU erschwert aus, da Behörden oft ihre Ausschreibung aufgrund von größerer Erfahrung an Großunternehmen vergeben. Ausschreibungen sollen künftig internetgesttzt bekannt- und damit leichter zugänglich gemacht werden. (ebd. p. 12)

Der Zugang zu Finanzmitteln wie Kleinstkrediten oder Mezzaninkapital⁸ soll den KMU erleichtert werden, es bieten sich Möglichkeiten wie das Rahmenprogramm für

⁷ Durch Technologisierung vereinfachte administrative Abwicklung von Formalitäten oder Amtswegen, Beispiele für „One-Stop-Shops“ sind u.a. e-governance also elektronische Behrrendendienste oder die Website „Europa für Sie“ der EU aber auch die aws (eigene Definition)

Wettbewerbsfähigkeit (CIP), die JEREMIE-Initiative („Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises“), die JASMINE-Initiative („Joint Action to Support Microfinance Institutions in Europe“) der Europäischen Investitionsbank- Gruppe oder auch Fonds zur Unterstützung des ländlichen Raums. Des Weiteren stellt die EIB einen „Mikrofonds“ mit einem Volumen von 40 Mio. Euro zur Verfügung. (EU-Kommission, 2008, p. 13)

Der Binnenmarkt schafft die Möglichkeit des Agierens auf einem großen Markt mit analogem Regelwerk, dies sollen KMU sich zunutze machen. Bis zu 500 Millionen Verbraucher stehen den Unternehmen gegenüber. (EU-Kommission, 2008a, p. 13) Des Weiteren rief die Europäische Kommission eine Initiative aus, die Unternehmer beratend zur Seite steht, „Enterprise Europe Network“ wenn es um die Erfolgsaussicht Binnenmarkt geht, was vor allem beim Thema EU-Normen eine Rolle spielt. (EU-Kommission, 2008, p. 14) Dennoch agieren 63% der Unternehmer nur in ihrem Heimatmarkt. (EU-Kommission, 2008a, p. 13)

Der nächste Grundsatz beschäftigt sich mit der Weiterbildung von Humankapital zu qualifizierten Arbeitskräften und der dichteren Zusammenarbeit mit Hochschulen in dieser Hinsicht um Forschung und Entwicklung zu stärken. Hier ist das Projekt „Leonardo Da Vinci“ zu erwähnen, das die Mobilität von Auszubildenden aufgreift. Die EU-Kommission setzt sich des Weiteren für die Schaffung von Innovations-Clustern ein, da Wissenstransfer entscheidend für den unternehmerischen Erfolg ist. (EU-Kommission, 2008, p. 16)

Schließlich werden Empfehlungen zu Umweltschutz und Ökoinnovation sowie Internationalisierung in „neue“ EU-Mitgliedstaaten aber auch Märkte wie China oder Indien gegeben, zudem wird das Fallen von Handelshemmnissen begrüßt und die Chance der Globalisierung aufgezeigt. (EU-Kommission, 2008, p. 17ff)

Die wichtigsten Punkte des SBA waren also die Bemühung, einen vereinfachten Zugang der KMU zu Finanzierungsinstrumenten, das Ausweiten sowohl auf EU-

⁸ Mezzaninkapital: hybride Finanzierungsmethode aus teilweiser Eigenkapitalfinanzierung und teilweiser Fremdkapitalfinanzierung, gestützt an Gewinnbeteiligung statt Sicherheiten, eingesetzt in der Wachstumsphase.
(Website der WKO, 2009)

Ebene als auch Drittmärkten (Zugang zum Binnenmarkt) zu schaffen und dabei den Verwaltungsaufwand vergleichsweise niedrig zu halten. (Website der Europäischen Kommission, 2008)

4.4 KMU Finanzierung und EU

Laut Angaben der Europäischen Kommission sind die weltweiten Finanzmärkte ihrer Aufgabe der Versorgung der KMU durch Kapital nicht nachgegangen. KMU halten häufig einen geringen Eigenkapitalanteil. Um den KMU die Möglichkeit zur Eigenkapitalerhöhung erleichtern, also ihnen auch liquide Mittel zugänglich zu machen, bedarf es einer expliziten Förderung der EU. Die EU fordert ihre Mitgliedstaaten auf, eigene Finanzierungsprogramme zu entwickeln, mit besonderem Augenmerk auf Mezzaninfinanzierung. Mitgliedstaaten sind außerdem dazu angehalten gleichzeitig rechtliche wie steuerliche Hindernisse gering zu halten und einen Anreiz in der Gewinnbesteuerung zu schaffen sowie die (im Folgenden erläuterten) kohäsionspolitischen Programme auszuschöpfen. (EU-Kommission, 2008, p. 13)

4.4.1 Mikrokredite und Mezzaninfinanzierung

Mikrokredite sind Kredite bis zu einer Höhe von 25.000 Euro, gerade für KMU sind diese von hoher Relevanz. Durch den SBA sind die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, den Zugang und die Verfügbarkeit von Mikrokrediten zu erleichtern. Zusammen mit Mezzaninfinanzierung sollen die Finanzierungsmethoden maßgeschneidert und branchengerecht angeboten werden. (EU-Kommission, 2008a) Am 26. November 2008 wurde unter der Führung des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso das „Europäische Konjunkturprogramm“ vorgelegt, das an den SBA anknüpfen soll. Es sollen „intelligente Investitionen“ unterstützt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, dafür sieht die EU eine Reihe an staatlichen Beihilfen vor. Gerne werden Unternehmen mit Anspruch auf Nachhaltigkeit und Einsatz erneuerbarer Energien subventioniert, außerdem Projekte, die der CO₂ Emissionenreduktion dienlich sind. Die Beihilfenpolitik der EU wurde durch die

Erlassung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, AGVO, vereinfacht. (EU-Kommission, 2009b)

Dies ist eine Verordnung, die Beihilfen automatisch und ohne Voranmeldung bei der EU-Kommission genehmigt. Sie soll Mitgliedstaaten ermutigen, Förderungen auf Aktionen zu konzentrieren, die unmittelbar stärkend für die Wirtschaft wirken, d.h. Maßnahmen, die Arbeitsplätze schaffen oder die Wettbewerbsfähigkeit stärken. (Website der Europäischen Kommission, 2008)

Insgesamt können die Mitgliedstaaten nun Kredite, die teilsubventioniert sind, vergeben, sowie Kreditbürgschaften unter verbesserten Prämien ausgeben oder direkte Zuwendungen in der Höhe von bis zu 500.000 Euro auszahlen, ohne jede Beihilfe über die EU-Kommission anmelden zu müssen. Dies alles ermöglicht die AGVO. (EU-Kommission, 2009b)

Um also den Zugang zu liquiden Mitteln möglichst unkompliziert zu machen sollen im folgenden Abschnitt einige Programme der EU erläutert werden.

4.5 Institutionen und Programme

Neben der Europäischen Kommission übernimmt die Europäische Investitionsbankgruppe (EIB) eine weitere wichtige Aufgabe.

4.5.1 Rolle der EIB

Einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung des Zahlungsmittelzugangs von KMU hat die Europäische Investitionsbank, beigetragen. (EU-Kommission, 2009a, p. 5) Die EIB ist die Bank der Europäischen Union und wurde in der Absicht gegründet, die Entwicklung der EU langfristig zu stabilisieren und zum wirtschaftlichen Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten beizutragen.

Laut Website der EIB soll sie „auf den Kapitalmärkten umfangreiche Mittel aufnehmen und diese zu günstigen Konditionen für Projekte bereitstellen, die zur Erreichung der politischen Ziele der EU beitragen“ ohne (...) einen Erwerbszweck zu verfolgen (...). Die EIB-Gruppe besteht aus der Europäischen Investitionsbank und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) welcher für Risikokapitaloperationen der KMU und Garantien zuständig ist. (Website der EIB, 2010)

Die EIB vergibt Darlehen an KMU, zuletzt im Jahr 2009 11,5 Mrd. Euro. (EU-Kommission, 2009a, p. 5) Im Jahr 2009 reagierte die EIB durch eine Erhöhung der Darlehensunterzeichnungen und -auszahlungen auf die Krise und trug somit zur Unterstützung von 50.000 KMU bei. Es ist vorgesehen, dass die EIB KMU mit durchschnittlich 8 Mrd. Euro (also 0,5 Mrd. Euro mehr als erwartet) pro Darlehensjahr unterstützt, womit 30 Mrd. Euro an Kreditvolumen bis 2011 erreicht werden sollten. (EIB-Gruppe, 2010, p. 7ff)

4.5.1.1 CIP

Die EIB verwaltete einen Großteil der Gelder aus dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, CIP. (Competitiveness and Innovation Framework Programme). (EU-Kommission, 2008) Das CIP ist ein Programm für KMU, das innovative Aktivitäten in einem vielfältigen Kontext unterstützt, beispielsweise ist die Öko-Innovation Thema, der Ausbau erneuerbarer Energien genau wie Unterstützerdienste für Unternehmer mit dem Ziel von erleichtertem Zugang zu Finanzmitteln. Das Gesamtbudget für die Zeitspanne 2007-2013 umfasst 3,621 Mrd. Euro (Website der Europäischen Kommission, 2010a), für KMU sind es ungefähr 1,1 Mrd. Euro. (EU-Kommission, 2008)

Das CIP besteht aus drei Subprogrammen: dem Programm "Unternehmerische Initiative und Innovation" (EIP), dem „Programm zur Unterstützung der Politik für Informations- und Kommunikationstechnologien“ (IKT-Förderprogramm) und schließlich dem „Programm Intelligente Energie - Europa" (IEE). (Website der Europäischen Kommission, 2010a)

Der EIF andererseits, der zur Gänze im Besitz der EIB ist, übernimmt ebenfalls Garantien und bürgt für Kredite an KMU. Im Gegensatz zur EIB vergibt er keine Kredite und stellt keine Beihilfen, Zuschüsse oder Subventionen bereit, auch ist es

nicht seine Aufgabe, direkt in Unternehmen zu investieren, sondern mit Banken und den von EIB oder EU beigesteuerten Mitteln zu operieren. (Website der Europäischen Union, 2010)

4.5.1.2 Jaspers-Jeremie-Jessica-Jasmine

Wie bereits in erwähnt, betreut der EIF vier wohlklingende Finanzierungsprogramme im Rahmen der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2014, deren Finanzierung außerhalb der Mittel aus den Strukturfonds liegen

JASPERS: Joint Assistance in Supporting Projects in European Regions;

JEREMIE: Joint European Resources for Micro to medium Enterprises;

JESSICA: Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas;

JASMINE: Joint Action to Support Micro-finance Institutions iN (sic!) Europe.

Gerade für KMU ist die Initiative JEREMIE relevant, da sie mit Kleinkrediten auf die finanzielle Unterstützung des Mittelstands abzielt. Sie wurde 2005 lange vor der Finanzkrise ins Leben gerufen, so wie die weiteren Initiativen erstreckt sich ihre Laufzeit bis 2014. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, kurz EFRE, ist ein Strukturfonds, und stellt das Budget für JEREMIE zur Verfügung. Ganz allgemein gesprochen soll EFRE inner-europäische Disparitäten ausgleichen. (Website der Europäischen Kommission, 2010b).

4.5.1.3 7RP

Innovation und Forschung sind der EU sehr wichtig und Projekte dahingehend werden u.a. in einem weiteren Projekt, dem 7.Rahmenprogramm (7RP) finanziell gefördert. Das 7RP, fördert Unternehmen mit besonderem Fokus auf Forschung und Innovation unter Berücksichtigung einiger Bewerbungskriterien: es bedarf einer länderübergreifenden Zusammenarbeit und die Forschungsintention muss den Forschungsprioritäten der EU entsprechen, es wird auch die Bildung von Netzwerken unterstützt sowie die Aus- und Weiterbildung von Forschenden. Dabei wird Pionierforschung bis zu 100% übernommen, Universitäten, die auch in die Zielgruppe der Initiative fallen, können als öffentliche Einrichtungen für ihre

Forschungsprojekte mit bis zu 75% gefördert werden. Das 7RP besteht aus vier Subprogrammen- „Zusammenarbeit“, „Ideen“, „Menschen“ und „Kapazitäten“, wobei letzteres KMU und deren Forschungsabsicht und internationales Verhalten unterstützt. (Website des Europäischen Forschungsprogramms, 2010) (EU-Kommission, 2008a)

4.5.1.4 Strukturfonds

Im Rahmen der EU Kohäsionspolitik stehen für regionale Entwicklung bis zu 300 Mrd. Euro im Zeitraum von 2007 bis 2013 bereit, davon sind bis zu 200 Mrd. Euro alleine für Unternehmensförderung und der Erhöhung der Beschäftigung gedacht. KMU sollen bis zum Jahre 2013 mit bis zu 27 Mrd. Euro unterstützt werden. Auch der Europäische Sozialfonds hat die Relevanz von KMU erfasst, und übernimmt ebenso die Finanzierung von KMU durch beispielsweise Trainingsmaßnahmen für Angestellte und Führungskräfte. Gelder werden entweder direkt oder indirekt verteilt. Direkte Verteilung erfolgt bei weniger entwickelten Regionen und indirekte Unterstützung für den Rest der EU. Es werden Förderinstitutionen, Wirtschaftsverbände, oder örtlichen Verwaltungsstellen zur Verfügung gestellt und als Koordinationsbehelfe genutzt. (EU-Kommission, 2008a, p. 27)

Es gibt vier Strukturfonds der Europäischen Union: der Europäische Ausrichtungs- und Garantie-Fonds für die Landwirtschaft, der sich mit EU-Zuschüssen für die österreichische Landwirtschaft beschäftigt (EAGFL), der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung, welcher EU-Förderungen in bestimmten Gebieten (Regional-Förderungs-Gebiete) zur Verfügung stellt (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und schließlich das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP). (Website der erp-fonds, 2010)

4.5.1.5 Erasmus für angehende Unternehmer

Angehenden Unternehmern wird die Möglichkeit geboten, bei erfahrenen Unternehmern der gleichen Branche im Ausland Know-how und Expertise zu erwerben. Dafür werden Jungunternehmer nominiert und in ein anderes EU-Mitgliedsland entsandt. Die Vorteile für die EU liegen dabei auf der Hand, junge

Menschen werden motiviert sich in die Unternehmerschaft zu stürzen, Netzwerke werden aufgebaut und Geschäftsverbindungen geknüpft. Gleichzeitig wächst die Wettbewerbsfähigkeit und die Internationalisierung. (EU-Kommission, 2010)

4.6 Non-EU-Fördermaßnahmen

Nicht nur die EU übernimmt die Rolle als Förderin der europäischen KMU, auch der Staat kann als Förderer auftreten. Man unterscheidet direkte staatliche Subventionsinstrumente von Beihilfen. Instrumente des Staates zur KMU Förderung, die nicht unmittelbar mit EU Beihilfen zu tun haben, können rein volkswirtschaftlicher bzw. tagespolitischer Natur sein. Dies können beispielsweise die Senkung von jenen Steuern, die direkten Einfluss auf die Beschäftigung haben, die Senkung von Sozialabgaben oder aber die Reintegration Erwerbssuchender auf den Arbeitsmarkt durch Anreize wie Beratung oder Schulung, sein. (EU-Kommission, 2009b, p. 4) KMU können höhere Beträge an nationaler Beihilfe erlangen als große Konzerne. (EU-Kommission, 2008a, p. 15)

4.6.1 Staatliche Förderungsmaßnahmen

Als Maßnahme den Auswirkungen der Finanzkrise gegenzusteuern, setzte die Bundesregierung Österreich im Jahr 2009 eine Steuerreform um, die einige wohlwollende Instrumente zur KMU Förderung beinhaltete. Inhalte der Steuerreform wurden im Kapitel 2 bereits angesprochen, im Detail lauten diese wie folgt:

- die Erhöhung des Gewinnfreibetrages von 10% auf 13%,
- die Abschaffung des Investitionserfordernisses für die ersten 30.000 Euro Gewinn und
- die Streichung der begünstigten Besteuerung für nicht entnommene Gewinne.

Durch die Erhöhung des Gewinnfreibetrages verringert sich der zu versteuernde Gewinn im Falle von Gewinnen bis maximal 30.000 Euro um bis zu 3.900 Euro pro Jahr, was das Budget kleiner Unternehmer schont. Übersteigt die Gewinnsumme die Freibetragsgrenze, so können 13% als Freibetrag abgesetzt werden, sofern diese für eine unternehmensbezogene Investition genutzt werden, dies gilt auch für Immobilien, bis zu 100.000 Euro pro Gesellschaft. (Bundesministerium für Finanzen, 2009, p. 17 ff)

5 Teil 3: Die Förderungsmaßnahmen der Austria Wirtschaftsservice GmbH

Die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) ist die staatliche Förderbank des Bundes und ein Unternehmen mit Sitz in Wien. Sie wurde im Jahr 2002 durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Errichtung der aws aus den dezentralisierten Förderstellen der

- BÜRGES Förderungsbank, den
- ERP-Fonds, der
- Finanzierungsgarantie GmbH und der
- Innovationsagentur

gegründet und dient mit der Fortführung dieser Institutionen dem vierten Grundsatz des SBA, dem „One-Stop-Shop“ Prinzip der EU. Die aws ist also die ausführende Instanz, welche unternehmensbezogene Wirtschaftsförderungen vergibt, und damit den Zugang zu Finanzausstattung für KMU erleichtert. Sie richtet sich an alle Unternehmen ohne einer Branchenspezifizierung. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Technologie, Innovationskraft und Nachhaltigkeit der Wirtschaft.

Damit wurden die bereits vorhandenen Fördereinrichtungen modernisiert und unter ein Dach gebracht. Eigentümer der aws ist zu 100% die Republik Österreich, konkret das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend sowie das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Diese und weitere Ministerien zählen zu den Auftraggebern, genau wie die Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung, der Rat für Forschung und Technologienentwicklung sowie schließlich die Wirtschaftskammer Österreich. (Website der Austria Wirtschaftsservice, 2010a)

Die österreichische Bank für Hotels und Tourismus, eine Spezialbank zur Unterstützung des Tourismus, zählt auf der anderen Seite zu den Auftragnehmern der aws. (Jäger, 2006, p. 4)

Als „Förderbank des österreichischen Mittelstandes“ und „Spezialbank des Bundes für Wirtschaftsförderungen“ (Website der Austria Wirtschaftsservice, 2010) sind die folgenden drei Kernaufgaben der aws:

- die Unterstützung von Unternehmensgründungen und jungen Unternehmen,
- die Regional- und Wachstumsförderung und
- die Förderung von Innovations- und Technologieumsetzung.

(Austria Wirtschaftsservice, 2010b)

Dies wird durch die Übernahme von Haftungen, Bürgschaften und Garantien, die Vergabe von zinsengünstigen Krediten, Zuschüssen und schließlich Eigenkapitalfinanzierungen realisiert, wie ab Abschnitt 5.2 näher ausgeführt wird. (Austria Wirtschaftsservice, 2010)

Das Tätigkeitsfeld der aws ist nicht auf die Vergabe von Geldern beschränkt, ihre Kernaufgaben werden im Folgenden etwas näher ausgeführt.

5.1 Die Förderungsinstrumente der aws

Bevor auf die unterschiedlichen Förderinstrumente der aws eingegangen wird, soll die Unternehmensstruktur Österreichs kurz skizziert werden:

Ebenso wie in Deutschland wird der Löwenanteil der heimischen Unternehmen durch KMU gestellt: laut Wirtschaftskammer (WKO Beschäftigungsstatistik, 2009) bilden KMU mit 99,6% den Hauptanteil in der österreichischen Unternehmenslandschaft.

Bei Betrachtung der Gründungsintensität der vergangenen Jahre in Österreich ist für die Volkswirtschaft nicht ausschließlich die Anzahl der Gründungen ausschlaggebend, auch die Menge der Unternehmensschließungen soll in die Gleichung aufgenommen werden, nur ein positiver Saldo von Gründungen und Schließungen gilt als positiver und wertschöpfender Beitrag zur Gesamtwirtschaft. (Leitl, Bornett, & Chini, 2008, p. 173) Die Anzahl der Gründungen beläuft sich 2009

vorläufig auf 29.051 Neugründungen, dies entspricht um 1,6% weniger als im Vorjahr. (WKO Gründungsstatistik, 2009) Dem gegenüber stehen im Jahr 2009 6.902 Fälle von Unternehmensinsolvenz, im Vergleich zum Jahr 2008 entspricht dies einem Anstieg der Unternehmensschließungen von 9,3 (Kreditschutzverband von 1870, 2010, p. 2)

5.1.1 Die Unterstützung von Unternehmensgründungen und jungen Unternehmen

Die Gründung eines Unternehmens ist ein finanzintensiver und riskanter Vorgang mit der zusätzlichen Schwierigkeit, dass Jung- bzw. Neuunternehmer nicht auf einen unternehmerischen Erfahrungsschatz zurückgreifen können, und zusätzlich oft die Mittel fehlen, um Consultingservices in Anspruch nehmen zu können. Hat man den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt, ist man wie in Kapitel 4 ausgeführt auf Finanzierungshilfen und Kredite von Banken, Lieferanten oder Drittstellen angewiesen.

Eine dieser Drittstellen kann die aws sein, das Kerngeschäft beschäftigt sich mit der Förderung von Unternehmensneugründungen, da dieser Prozess für die Unternehmer voller Hindernisse jedoch für die österreichische Gesamtwirtschaft umso mehr von Bedeutung ist.

Prominente Hemmnisse für Wachstum sind laut aws bürokratische Hürden, beschränkter Finanzierungszugang, Barrieren beim Markteintritt, Schwierigkeiten bei der Personalsuche sowie Hürden beim Zugang zum Wissen. Je höher der Grad an Innovation, desto wahrscheinlicher ist die Nominierung für eine Förderung, die in diesem Fall aus Zuschüssen oder Haftungsübernahmen besteht. (Austria Wirtschaftsservice, 2010a, p. 16)

5.1.2 Die Regional- und Wachstumsförderung

Die aws unterstützt aber nicht nur Unternehmer bei Neugründungen sondern auch bereits bestehende Unternehmen durch Maßnahmen wie die Überwindung von Wachstumsschranken gerade in struktur- und entwicklungsschwachen Regionen zur Standortsicherung und der Sicherung des Wettbewerbs. Dies geschieht durch die erp-Kredite („der neue erp-Kleinkredit“) - gerade durch die Finanzkrise schichtete sich der Finanzierungsbedarf der Unternehmen um - von der Investitionsförderung zur Unterstützung des laufenden Betriebs und der Abdeckung von Umsatzeinbußen durch die verringerte Auftragslage. (Austria Wirtschaftsservice, 2010a, p. 20)

5.1.3 Die Förderung von Innovations- und Technologieumsetzung

Im Herbst 2009 beschloss die österreichische Bundesregierung einen Beitrag von 3% des BIP bis zum Jahr 2010 der Forschung zukommen zu lassen, also die sogenannte Forschungsquote von 2,7% auf 3% und bis zum Jahr 2015 auf 3,3% zu erhöhen um durch die Stärkung der Innovationskraft das Wirtschaftswachstum zu erhöhen. (Website der WKO, 2009b)

Umgesetzt wird dieser Beitrag zur österreichischen Forschung u.a. durch das dritte Kernprogramm der aws, der Förderung von angewandter Forschung und Grundlagenforschung und der anschließenden Umsetzung im unternehmerischen Alltag. Es geschieht dies in zwei Schritten, erstens durch

- Das Schützen, Lizenzieren, Verwerten und Durchsetzen von Patenten, und zweitens durch
- die Recherche, Beratung und finanzielle Unterstützung von/bei Vorgründungs-, Gründungs- und Wachstumsvorhaben. (Austria Wirtschaftsservice, 2010a, p. 22)

Zusätzlich zu den beiden Programmen gibt es noch eine Hand voll Programmlinien wie die Zuschussprogramme mit der Initiative JITU (Programm zur Förderung von jungen, innovativen Unternehmen), oder ein Programm zum Schutz von Innovationen, IPP.

5.2 Förderalltag

Die aws gliedert zur Verwaltung ihre eigene Förderungsvorgehensweisen in drei Phasen, die hier kurz abgerissen werden:

- „PreSeed“: Für die Phase noch lange vor der Gründung eines (High-Tech, Informations und Kommunikationstechnologie, Physical Sciences oder Biotechnologie-) Unternehmens mit hohem Marktpotenzial sieht die Förderbank einen Zuschuss für im Vorhinein notwendig gewordene Kosten für Studien- und Konzeptkosten, Kosten für Verbrauchsmaterial oder Personalkosten vor. (Website der Austria Wirtschaftsservice, 2007)
- „Seedfinancing“: In der Phase der Gründung eines KMU der genannten Branchen und des weiteren Aufbaus gewährt die aws erfolgsabhängig rückzahlbare Zuschüsse für Maßnahmen wie Gründungs- und Markterschließungskosten, Honorare für externe Berater, Betriebsmittel oder Markenschutzrechte. Die Höhe der Zuschüsse beläuft sich auf bis zu 1 Mio. Euro, Voraussetzung sind Innovationspotenzial, Wachstumspotenzial und Alleinstellungsmerkmal. (Website der Austria Wirtschaftsservice, 2007a)
- „Management auf Zeit“: Nach einer Seed-Finanzierung gibt es die Möglichkeit KMU eine Hilfestellung durch externe Beratung und die Weitergabe von Know-How zu leisten damit auch schwierige Unternehmensphasen (wie Krisen) überwunden werden können. (Website der Austria Wirtschaftsservice, 2007b) Nach den Krisenjahren stagniert die Vergabe der „Management auf Zeit“ Maßnahme, wohingegen die Seed-Finanzierung um 50% im Vergleich

zum Vorjahr gesteigert werden konnte. (Austria Wirtschaftsservice, 2010b, p. 8)

5.2.1 Erp-Kredite

Erp-Kredite sind „niedrige, fixverzinsten (0,5% - 1,5%) Kredite mit mehrjährigen tilgungsfreien Zeiträumen“ und dienen „der Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft“ gerade wenn es um technologisch anspruchsvolle Projekte geht. (Austria Wirtschaftsservice, 2009, p. 8)

Dabei wird in der Tilgungszeit ein Zinssatz von 1,5% eingehoben, in den tilgungsfreien Zeiten sind es 0,5%, was in Krisenzeiten eine außerordentliche Sicherheit in sehr unsicheren Zeiten für die Unternehmen darstellt

Die erp Kredite wollen den Forschergeist wecken und den Innovationsgrad der heimischen Unternehmen des Mittelstandes fördern, dabei geht es immer um die Stärkung und die Bedeutung für die Regionalwirtschaft Österreichs, es wird ein Anspruch auf längerfristige Projekte gelegt.

Die Finanzmittel aus den erp-Fonds sind projektorientiert und investitionsbezogen. Projekte können dabei in erster Linie der Forschung, der Auslands-Direktinvestition (FDI) in Ost- und Mitteleuropa oder auch der Unternehmensneugründung dienen. Als Mittel zur Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft ist natürlich auch die Förderung des Regionaltourismus Aufgabe der erp-Förderung.

Nachhaltigkeit soll durch die Unterstützung der Verlagerung von Verkehr auf Schienen oder Schiffswege und die Subventionierung landwirtschaftlicher Verkaufskanäle gewährleistet werden. Die Förderung richtet sich somit an Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe, der Industrie, an produktionsbezogene Dienstleister (produktionsbezogene Beratung, Engineering, Software), die Tourismuswirtschaft mit Gewerbeberechtigung sowie Land- und Forstwirtschaft und Verkehrswirtschaft. Je höher der Innovationsgrad und das

erwartete Markt- und Beschäftigungswachstum, desto wahrscheinlicher ist es als Unternehmer, für eine erp-Förderung in Frage zu kommen. (Website der Austria Wirtschaftsservice, 2010b)

Erp-Fonds sind dem EU-Beihilfenrecht unterworfen, das den gesetzlichen Rahmen für die Vergabe von Unternehmensförderungen darstellt. (Siehe Abschnitt 4.4.1)

Das Vermögen aus den erp-Fonds entstammt den Finanzmitteln aus dem Marshallplan der USA an das Europa der Nachkriegszeit. Es werden ausschließlich Mittel aus den Rückflüssen der Zinsen der vergebenen Kreditsummen verwendet. (Austria Wirtschaftsservice, 2009, p. 3)

Erp-Kredite bis zu einer Höhe von 100.000 Euro unterliegen einer steigenden Nachfrage. Laut einer Pressemeldung der aws konnten alleine im Juli 2010 151 Anträge auf Klein- und Normalkredite vergeben werden, was einem Spitzenwert aus 2006 noch vor der Finanzkrise entspricht.

Auch größere Kredite über 100.000 Euro werden nun wieder aufgenommen, dennoch, so berichtet Geschäftsführer Bernhard Sagmeister, „(...) bleiben die ganz großen Projekte freilich noch aus genau wie (...) größere Zukunftsinvestitionen, die immer noch aufgeschoben werden (...).“ Im Vergleich zum Vorjahr, dessen Finanzsituation schwer von der Finanzkrise gezeichnet war, konnte sich das Vergabevolumen um fast 80% steigern. Die Höhe der Kredite habe laut aws abgenommen. (Austria Wirtschaftsservice, 2010c)

Tabelle 12 Leistungsüberblick nach Halbjahren (nach Austria Wirtschaftsservice, 2010g)

	Förderungsleistung in Mio. Euro				Gesamtprojektvolumen in Mio. Euro				Förderungsbarwerte in Mio. Euro			
	1.HJ 2010	%	1.HJ 2009	%	1.HJ 2010	%	1.HJ 2009	%	1.HJ 2010	%	1.HJ 2009	%
Zuschüsse	35	10,6	56	10,8	262	32,2	322	22,2	35	68,6	56	52,8
Haftungen	106	32,0	107	20,7	249	30,6	198	13,6	7	13,7	7	6,6
Kredite, Darlehen	190	57,4	355	68,5	303	37,2	933	64,2	9	17,7	43	40,6
Summe	331	100	518	100	814	100	1453	100	51	100	106	100

5.2.1.1 Erp-Technologiekredite

Reifere Unternehmen werden bei ausreichender Eigenmittelausstattung von der aws während ihrer Wachstums- und Expansionsphasen durch die erp-Technologiekredite unterstützt. Dies betrifft vor allem Unternehmen aus dem kapitalintensiven Bereich der Biowissenschaften, in dem oft schon andere Förderer neben der aws zu Werke sind. (Austria Wirtschaftsservice, 2010a, p. 24)

5.2.2 Haftungsübernahmen

Da die aws Haftungen für Investitions- und Betriebsmittelkredite vergibt, ermöglicht sie durch ihre Absicherung oftmals günstige Finanzierungskonditionen bei Banken durch die Ausstattung mit Sicherheiten, welche den Unternehmen oft fehlen. Im Jahr 2010 ist ein Anstieg gerade bei den kleineren Haftungsübernahmen zu verzeichnen.

Für die größeren Haftungen gilt das gleiche wie für Großkredite, richtig große Investitionsfreude möchte unter den Unternehmern nicht aufkommen. Der Großteil der Förderungen wird an kleine Unternehmen vergeben, dies geschieht unter einem leichten Anstieg im Vergleich zum Jahr 2009. Im Jahr 2010 wurden deutlich größere Förderungsmengen an die Unternehmen vergeben als 2009. Nur bei den großen Unternehmen- wie bereits erwähnt- konnte kein Zuwachs an Förderungsmitteln im Jahr 2010 verzeichnet werden, wie die nachstehende Tabelle veranschaulicht.

In Wien und der Steiermark wurden von allen Bundesländern die meisten Haftungsförderungen zugesagt, das Gesamtprojektvolumen war 2010 jedoch in Niederösterreich mit über 70.000 Euro am höchsten, Wien weist eine Höhe von rund 25.000 Euro auf. (Austria Wirtschaftsservice, 2010b)

Tabelle 13 Haftungen nach Unternehmensgröße (nach Austria Wirtschaftsservice, 2010g)

	Förderungszusagen				Gesamtprojekt- volumen in Tausend Euro		Förderungsleistung in Tausend Euro			
	1.HJ 2010	%	1.HJ 2009	%	1.HJ 2010	1.HJ 2009	1.HJ 2010	%	1.HJ 2009	%
Kleine Unter- nehmen	457	94,6	370	92,0	146.398	117.398	66.015	62,3	59.121	55,2
Mittlere Unter- nehmen	18	3,7	16	4,0	56.679	40.905	16.740	15,8	16.630	15,5
Große Unter- nehmen	8	1,7	16	4,0	68.980	61.260	23.262	21,9	31.292	29,3
Summe	483	100	402	100	272.416	219.563	106.017	100	107.043	100

5.2.3 Zuschüsse

Die Zuschüsse, welche die Förderbank an KMU aber auch Großunternehmen vergibt, beziehen sich auf Unternehmensneugründungen, Unternehmensnachfolgen, Investitionen im allgemeinen sowie Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Zuschüsse müssen nicht unbedingt monetär sein, sie können sich auch als von der aws durchgeführte Marktrecherchen, Produktentwicklungen oder Machbarkeitsstudien mit Zuschussinstrument darstellen (Website der Austria Wirtschaftsservice, 2010c) (siehe auch Abschnitte 5.1.3 und 5.2.4)

Zur Veranschaulichung über die Vergabestruktur und ihre Entwicklung in den vergangenen Perioden bis zum ersten Halbjahr 2010 soll die nachstehende Tabelle dienen:

Tabelle 14 Zuschüsse nach Unternehmensgröße (nach Austria Wirtschaftsservice, 2010g, p. 16)

	Förderungszusagen				Gesamtprojekt volumen in Tausend Euro		Förderungsleistung in Tausend Euro			
	1.HJ 2010	%	1.HJ 2009	%	1.HJ 2010	1.HJ 2009	1.HJ 2010	%	1.HJ 2009	%
Kleine Unter- nehmen	1.059	94,7	1.190	91,7	239.213	260.145	20.071	57,1	20.907	32,2
Mittlere Unter- nehmen	43	3,8	74	5,7	91.406	228.374	7.399	21,0	14.740	26,3
Große Unter- nehmen	13	1,2	33	2,5	37.831	38.1256	2.603	7,4	19.825	35,3
Keine Zuordnung	3	0,3	1	0,1	5.081	680	5.081	14,5	680	1,2
Summe	1.118	100	1.298	100	373.531	870.455	35.154	100	56.152	100

Das Gros an Zuschüssen wird nach wie vor an kleine Unternehmen verteilt, 2010 war ein leichter Anstieg von 3 Prozentpunkten (bei den Kleinsten) der Zusagen zu spüren, das Projektvolumen alleine für Zuschüsse ist im Vergleich zu 2009 jedoch leicht gesunken. Insgesamt aber wurden 2010 weniger Zusagen vergeben als dies noch 2009 der Fall war. Besonders drastisch ist dies am Halbjahresbudget der Zuschussmittel zu sehen, von im Jahr 2009 rund 900 000 Euro sind es im Jahr 2010 nur rund 400 000 Euro. Grund dafür sieht die aws in der allgemein „gedämpften Nachfrage nach Förderungen“ gerade für umfassende Projekte und einer Schwerpunktsetzung auf Innovationsprojekte durch die Initiative Innovationsförderung „Unternehmensdynamik“. (Austria Wirtschaftsservice, 2009, p. 16 ff)

Innovationsförderung ist in den letzten Jahren besonders wichtig geworden um nachhaltige Projekte zu unterstützen und festgefahrene Unternehmens-Prozesse aber auch Produkte zu optimieren stets unter Verwendung jüngster Forschungsergebnisse.

5.2.4 Beratung und Service

Durch Programme zur Mobilisierung von privatem Eigen- und Risikokapital werden österreichische KMU finanziell gestärkt, und ihre Eigenkapitalquote erhöht. Ein weiteres Feld der Förderbank ist die beratende Tätigkeit:

Den Unternehmen ist nicht alleine durch monetäre Zuwendung geholfen, oft ist Wissen und Expertise gefragt, nicht nur in der Gründungsphase. Diesem „Wissenskapital“ widmet sich die aws von der Wissensentwicklung-, Umsetzung und schließlich dem Schutz von Wissen durch Markt- und Technologierecherchen und Beratung zu Urheberrecht, Innovationsschutz gerade für High-Tech- Unternehmen.

Tabelle 15 Leistungsüberblick Beratung und Service (nach Austria Wirtschaftsservice, 2010g, p. 16)

	Projekte				Beratungs- Service- leistungen in Tausend Euro	Begleitmaß- nahmen	Summe Leistungen in Tausend Euro	
	1.HJ 2010	%	1.HJ 2009	%	1.HJ 2010	1.HJ 2009	1.HJ 2010	%
Beratung von High-Tech Unternehmen	574	65,7	598	65,7	1.214	817	2.031	59,6
Know-How, Recherche, Patentmanagement	294	33,6	305	33,5	724	103	827	24,3
Eu-Strukturfonds: Monitoring, Zahlstelle, Consulting	6	0,7	7	0,8	550	-	550	16,1
Bundesconsulting	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe	874	100	910	100	2.488	920	3.408	100

Die Ausgaben für Service und Beratung haben sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 nur marginal verändert. Die Serviceleistungen für Technologieunternehmen zogen an, und besonders deutlich ist der Zuwachs an beratenden Leistungen im Bereich Know-How, Recherche und Patentmanagement.

5.3 Leistungsjahr 2010⁹

Laut Leistungsbericht für das erste Halbjahr 2010 der aws konnte diese mit einem Kreditvolumen von 331 Millionen Euro Investitionen in der Höhe von insgesamt 814 Millionen ermöglichen, was zur Schaffung von 4000 neuen Arbeitsplätzen beitrug und weitere 31 200 erhalten konnte. Diese Zahlen stellen jedoch einen Rückgang im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren dar.

Die vergebenen Haftungen unterlagen einer Steigerung von einem Viertel, die Zuschüsse hingegen waren rückläufig. Die erp-Kredite nahmen um 64% zu. (Austria Wirtschaftsservice, 2010b, p. 6)

⁹ Ergebnisse nach Auswertung der Daten für das erste Halbjahr 2010 laut Leistungsbericht

6 Schlussbemerkung

Das Ziel dieser Diplomarbeit war, aufzuzeigen, inwiefern österreichische KMU in ihrer Performance von der Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Nachdem erklärt wurde, wie es überhaupt zur Finanzkrise kommen konnte, richtete sich der Fokus rasch auf die österreichische Wirtschaft, die sich im Jahr 2010 eindeutig erholt hat. Die Unternehmen beurteilten ihre Geschäftslage als verbessert, und sind zuversichtlich.

Die eingangs gestellte Frage, ob die österreichische Wirtschaft und mit ihr die österreichischen Unternehmen des Mittelstandes vom Einbruch der Subprime-Krise überhaupt betroffen waren, kann eindeutig positiv beantwortet werden. Die Krise ist längst im österreichischen Staatshaushalt angekommen und ja, der Mittelstand ist von ihr betroffen.

Da durch die Finanzkrise zahlreiche internationale Banken und Investmentbanken Verluste verzeichneten, breitete sich der Abschwung bis hin zu den österreichischen Bankhäusern aus. Dies bekamen die KMU, die auf Bankkredite zählen, besonders zu spüren. Der Anteil der Banken an der KMU Finanzierung ist seither gesunken, und ganz allgemein die Anzahl an vergebenen Krediten zurück gegangen. In den meisten Fällen verlangen die Banken zudem nach höheren Sicherheiten. Es gelang der Wirtschaftspolitik Österreichs jedoch, die schlimmsten Auswirkungen abzuwenden und unsere KMU abzufedern.

Der Umstand, wonach die Zeiten am Finanz- und Kapitalmarkt turbulent sind, ist nicht außer Acht zu lassen, demnach sind Prognosen mit Vorsicht zu genießen, da wir aus der Vergangenheit gelernt haben sollten, dass der Vorsatz „too big to fail“ längst obsolet geworden ist.

7 Anhang

Tabelle 16 Ratingklassen (Finance Wiki TU Dresden, 2009)

Übersicht der Ratingklassen internationaler Ratingagenturen			
Moody's	Standard & Poor's	Fitch IBCA	Bonität
Aaa	AAA	AAA	Sehr gut: Höchste Bonität, praktisch kein Ausfallrisiko
Aa1	AA+	AA+	Sehr gut bis gut: Hohe Zahlungswahrscheinlichkeit
Aa2	AA	AA	
Aa3	AA-	AA-	
A1	A+	A+	Gut bis befriedigend: Angemessene Deckung von Zins und Tilgung, viele gute Investmentattribute, aber auch Elemente, die sich bei einer Veränderung der wirtschaftlichen Lage negativ auswirken können
A2	A	A	
A3	A-	A-	
Baa1	BBB+	BBB+	Befriedigend: Angemessene Deckung von Zins und Tilgung, aber auch spekulative Charakteristika oder mangelnder Schutz gegen wirtschaftliche Veränderungen
Baa2	BBB	BBB	
Baa3	BBB-	BBB-	
Ba1	BB+	BB+	Ausreichend: Sehr mäßige Deckung von Zins und Tilgung, auch in gutem wirtschaftlichem Umfeld (Subinvestment Grade)
Ba2	BB	BB	
Ba3	BB-	BB-	
B1	B+	B+	Mangelhaft: Geringe Sicherung von Zins und Tilgung
B2	B	B	
B3	B-	B-	
Caa (1-3)	CCC	CCC	Ungenügend: Niedrigste Qualität, geringster Anlegerschutz in akuter Gefahr eines Zahlungsverzuges
Ca	CC	CC	
		C	
C	SD/D	DDD	Zahlungsunfähig: In Zahlungsverzug
		DD	
		D	

8 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 „Global recovery“ (OECD, 2011)	17
Tabelle 2 Daten der Prognosen 2011 des WIFO und des IHS (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie & Jugend und Bundesministerium für Finanzen, 2011).....	23
Tabelle 3 Geschäftslage, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010).....	25
Tabelle 4 Auftragseingänge der KMU in den Hauptwirtschaftsbereichen, Rest o.A. Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010).....	25
Tabelle 5 Umsatzentwicklung der KMU in den Hauptwirtschaftsbereichen, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)	26
Tabelle 6 Umsatzentwicklung der KMU in den kommenden 6 Monaten, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)	27
Tabelle 7 Investitionsbereitschaft der KMU, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)	28
Tabelle 8 Ertragslage der KMU, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010).....	28
Tabelle 9 Ertragslage der KMU, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010).....	29
Tabelle 10 Ist die Unternehmensfinanzierung heute schwieriger als vor einem Jahr?, Angaben in Prozent, Vorjahresangaben in () (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010).....	30
Tabelle 11 Niedrige Eigenkapitalausstattung nach Unternehmensgröße, Angaben in Prozent (nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2010)	38
Tabelle 12 Leistungsüberblick nach Halbjahren (nach Austria Wirtschaftsservice, 2010g)	63
Tabelle 13 Haftungen nach Unternehmensgröße (nach Austria Wirtschaftsservice, 2010g)	65
Tabelle 14 Zuschüsse nach Unternehmensgröße (nach Austria Wirtschaftsservice, 2010g, p. 16)	66
Tabelle 15 Leistungsüberblick Beratung und Service (nach Austria Wirtschaftsservice, 2010g, p. 16)	67
Tabelle 16 Ratingklassen (Finance Wiki TU Dresden, 2009).....	70

9 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Case Shiller Hauspreisindex der USA 1988-2008 (Standard&Poor's, 2011)	9
Abbildung 2 Entwicklung des Leitzinssatzes EU/USA (FED/EZB, 2011)	16
Abbildung 3 Eigenkapitalquote, (KMU Forschung Austria, 2009)	39

10 Literaturverzeichnis

10.1 Bücher und Reports

Aschauer, M. (2009). *"Finanzierung von Klein- und Mittelunternehmen; Möglichkeiten und Probleme der Kapitalausstattung"*. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.

Austria Wirtschaftsservice. (2009). *"erp-Fonds Jahresbericht 2008"*. Wien: aws.

Austria Wirtschaftsservice. (2010). *"Faktenblatt"* Online verfügbar unter: http://www.awsg.at/Content.Node/files/sonstige/Faktenblatt_aws.pdf Zugriff: 7.September 2010

Austria Wirtschaftsservice. (2010a). *"Leistungsbericht 2009 der austria wirtschaftsservice"*. Wien.

Austria Wirtschaftsservice. (2010b). *"Leistungsbericht 1. Halbjahr 2010"*. Wien.

Austria Wirtschaftsservice. (2010c). *"Presseaussendung erp-Kredite Juli 2010"*. Wien.

Bloss, M., Ernst, D., Häcker, J., & Eil, N. (2009). *"Von der Subprime-Krise zur Finanzkrise"*. München: Oldenbourg.

Bundesministerium für Finanzen. (2009). *"Die Steuerreform 2009"*. Wien: BMF

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend. (2010). *"Wirtschaftsbericht Österreich 2010"*. Wien: BMWFJ.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend. (2010a). *"Finanzierungssituation von KMU"*. Wien: BMWFJ.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend. (2011). *"Wirtschaftsbericht Österreich 2011"*. BMWFJ.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend. (2011a). *"Wirtschaft im Wandel Vorläufige Ergebnisse der Studie: KMU-orientierte Umsetzung von Basel III"*. Wien: BMWFJ.

Creditreform Wirtschaftsforschung. (2010). *"Wirtschaftslage Mittelstand in Österreich"*. Wien: Verband der Vereine Creditreform e.V.

Die Zeit. (2010). *"Gefahr von draußen"* vom 29. Juli 2010

EIB-Gruppe. (2010). *"Jahresbericht 2009"*. Online verfügbar unter: www.eib.org/report Zugriff: 13. Juli 2010

EU-Kommission. (2003). *"KMU und Zugang zur Finanzierung"*. Brüssel: GD Unternehmen.

EU-Kommission. (2005). *"Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft - eine zeitgemäße KMU-Politik für Wachstum und Beschäftigung"*. Brüssel.

EU-Kommission. (2005a). *"SME User Guide"*. Brüssel: Enterprise and Industry Publications.

EU-Kommission. (2008a). *"Vorfahrt für KMU in Europa Der „Small Business Act“ für Europa"*. Brüssel.

EU-Kommission. (2008b). *"Vorrang für den Mittelstand"*. Brüssel: Europäische Gemeinschaften.

EU-Kommission. (2009a). *"Bericht über die Umsetzung des SBA"*. Brüssel.

EU-Kommission. (2009b). *"Gemeinschaftsvorschriften für staatliche Beihilfen zugunsten von KMU; Ein praktisches Handbuch"*. Brüssel.

EU-Kommission. (2010). "*Erasmus für Jungunternehmer*". Online verfügbar unter: www.erasmus-entrepreneurs.eu Zugriff: 16. Juli 2010

EU-Kommission. (2011). "*European Economic Forecast - Spring 2011*". Brüssel.

Eilenberger, G., & Haghani, S. (2008). "*Unternehmensfinanzierung zwischen Strategie und Rendite*". Berlin: Springer-Verlag Berlin Heidelberg.

Elschen, R., & Lieven, T. (2009). "*Der Werdegang der Krise*". Wiesbaden: Gabler Verlag/GWV Fachverlage GmbH.

Hausner, M., & Warns, C. (2008). "*Grundlagen der Finanzierung*". Heidenau: PD-Verlag Heidenau.

Hözl, W. (2010). "*Austria's Small and Medium-sized Enterprises in the Financial Market Crisis*". Wien: WIFO-Publikation

Jäger, D. (2006). "*Internationalisierungsförderung im Rahmen der unterschiedlichen AWS Produktvarianten*". Wien: Wirtschaftsuniversität Wien.

Leitl, C., Bornett, W., & Chini, L. (2008). Wirtschaftswachstum und Unternehmensgründungen: Beobachtungen in Österreich in den Jahren 1995-2006. in H. Frank, H. Neubauer, & D. Rößl, *Beiträge zur Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe* (pp. 174-191). St. Gallen/Berlin: Duncker&Humblot.

Mugler, J. (2008). "*Grundlagen der BWL der Klein- und Mittelbetriebe*". Wien: facultas.wuv.

Münchau, W. (2008). "*Vorbeben: Was die globale Finanzkrise für uns bedeutet und wie wir uns retten können*". o.O.: Hanser Fachbuch.

Neue Zürcher Zeitung. (2009). "*Die Finanzkrise Teil 1: Der globale Geldtopf*". NZZ Folio.

OECD. (2011). *"Economic Outlook 2011"* (Vol. 2011/1). oO: OECD Publishing.

OeNB. (2009). *"Kreditvergabe des österreichischen Bankensystems an den Unternehmenssektor"*. Wien: Österreichische Nationalbank.

Verheugen, G. (2005). *"Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft – Eine zeitgemäße KMU Politik für Wachstum und Beschäftigung"*. Brüssel.

10.2 Onlinequellen

Finance Wiki TU Dresden. (Mai 2009). Zugriff: 9. September 2011 von:
Ratingklassen: <http://finance.wiwi.tu-dresden.de/Wiki-fi/index.php/Datei:Ratingklassen.jpg>

Kreditschutzverband von 1870. (2010). *"Insolvenzstatistik Unternehmen 2009"*.
Zugriff: 6. Juli 2010 von:
http://www.ksv.at/KSV/1870/de/5presse/3statistiken/1insolvenzen/2010-01/Insstatistik_Unternehmen_2009/1263283867721_KSV-Insolvenzstatistik_Unternehmen_2009.pdf

Schmiemann, A. (2008). *eurostat- Statistics in focus*. Zugriff: 6. Juli 2010 von:
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-08-031/EN/KS-SF-08-031-EN.PDF

Website der Austria Wirtschaftsservice. (2007). Zugriff: 20. September 2010 von:
<http://www.awsg.at/portal/media/153.pdf>

Website der Austria Wirtschaftsservice. (2007a). Zugriff: 20. September 2010 von:
<http://www.awsg.at/portal/media/3254.pdf>

Website der Austria Wirtschaftsservice. (2007b). Zugriff: 20. September 2010 von:
<http://www.awsg.at/portal/media/3253.pdf>

Website der Austria Wirtschaftsservice. (2010). Zugriff: 7. September 2010 von:
<http://www.awsg.at/portal/index.php?x=94&n=741>

Website der Austria Wirtschaftsservice. (2010a). Zugriff: 7. September 2010 von:
<http://www.awsg.at/portal/index.php?x=94&n=108>

Website der Austria Wirtschaftsservice. (2010b). Zugriff: 10. September 2010 von:
<http://www.awsg.at/portal/index.php?x=&n=417>

Website der Austria Wirtschaftsservice. (2010c). Zugriff: 15. September 2010 von:
<http://www.awsg.at/portal/index.php?n=197>

Website der EIB. (2010). Zugriff: 13. Juli 2010 von:
<http://www.eib.org/about/index.htm>

Website des Europäischen Forschungsprogramms. (2010). Zugriff: 16. Juli 2010 von:
<http://rp7.ffg.at/basisinformationen>

Website der Europäischen Kommission. (2008, 7 7). Zugriff: 13. Juli 2010 von:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1110&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Website der Europäischen Kommission. (2010). Zugriff: 9. Juli 2010 von:
http://europa.eu/institutions/inst/comm/index_de.htm

Website der Europäischen Kommission. (2010a). Zugriff: 13. Juli 2010 von:
http://ec.europa.eu/cip/index_de.htm

Website der Europäischen Kommission. (2010b). Zugriff: 15. Juli 2010 von:
http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/2007/jjj/index_en.htm

Website der Europäischen Union. (2010). Zugriff: 14. Juli 2010 von:
http://europa.eu/institutions/financial/eif/index_de.htm

Website der erp-fonds. (2010). Zugriff: 16. Juli 2010 von: http://www.erp-fonds.at/lex_main.html

Website der FED/EZB. (2011). Zugriff: 16. Februar 2011 von: <http://www.leitzinsen.info/>

Website der KMU Forschung Austria. (2009). *"Eigenkapitalausstattung und betriebswirtschaftliche Position der KMU vor Beginn der Finanzkrise"*. Zugriff: 17. August 2010 von: http://www.kmuforschung.ac.at/de/Presse/2009/Eigenkapitalquote_Matrix.pdf

Website der OeNB. (2011). Zugriff: 13. September 2011 von: <http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=2.10>

Website der Statistik Austria. (2011). Zugriff: 17. Februar 2011 von: http://www.statistik.at/web_de/presse/054910

Website der Statistik Austria. (2011a). Zugriff: 5. September 2011 von: http://www.statistik.at/web_de/dynamic/presse/057810

Website der Statistik Austria. (2011b). Zugriff: 5. September 2011 von: http://www.statistik.at/web_de/dynamic/presse/055584

Website der Statistik Austria. (2011c). Zugriff: 5. September 2011 von: http://www.statistik.at/web_de/dynamic/presse/057583

Website des Unternehmens "Standard&Poor's". (2011). *Housing: U.S. Home Pricing Index*. Zugriff: 8. Februar 2011 von: <http://www.project.org/info.php?recordID=445>

Website der Zeitung "Der Standard". (2010, März 3). Zugriff: 8. September 2010 von: <http://derstandard.at/1267132221136/Hintergrund-Basel-III-und-seine-Auswirkungen>

Website der WKO. (2009b, September 18). Zugriff: 15. September 2010 von: http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StID=503535&DstID=0&titel=Forschungsquote,auf,3%,des,BIP,anheben

Website der Zeitung "Die ZEIT". (2010, September 6). Zugriff: 8. September 2010 von: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-09/basel-bankenregulierung>

Website der Zeitung "Die ZEIT". (12. November 2010a). Zugriff: 9. September 2011 von: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-11/g20-waehrung-iwf-bankenreform>

Website der Zeitung "Die ZEIT". (26. Mai 2011). (Die Zeit/Handelsblatt) Zugriff: 9. September 2011 von: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-05/basel-finanzmarkt-regulierung>

WKO Beschäftigungsstatistik. (2009). *KMU Daten für Österreich Beschäftigtendaten*. Zugriff: 6. Juli 2010 von: <http://wko.at/Statistik/kmu/WKO-BeschStatK.pdf>

WKO Gründungsstatistik. (2009). *Unternehmensneugründungen in Österreich 1995-2009*. Zugriff: 6. Juli 2010 von: http://wko.at/statistik/wgraf/2010-04_Unternehmensneugründungen_1995-2009.pdf

„Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

11 Abriss

Der amerikanische Hypothekenmarkt kollabierte im Jahr 2007, dies löste eine Welle der Insolvenzen zahlreicher Investmentbanken aus und in weiterer Folge sah die Welt sich in einer globalen Finanzkrise wieder, die zum Beispiel den Staatsbankrott Islands verursachte. Die Leitzinssätze zahlreicher Länder stagnierten und das BIP der USA aber auch der EU verzeichnete einen starken Rückgang. In Österreich, das vor dem Jahr 2008 in einer stabilen wirtschaftlichen Situation war, maß man die stärkste Rezession seit Jahrzehnten, was sich nicht nur durch fallende Exportzahlen äußerte, auch andere volkswirtschaftliche Indizes wie Beschäftigungsgrad, Arbeitslosigkeit oder die Staatsverschuldung waren davon betroffen. Allerdings wurde der österreichischen Wirtschaft ein Wachstum und Anstieg der Exportrate vorausgesagt.

99,9% aller österreichischen Unternehmen sind KMU, diese tragen zu etwa 60% der Wertschöpfung bei. KMU sind die Lebensadern der Wirtschaft, sie profitieren von erhöhtem Innovations- und Wandlungspotenzial und können der Dynamik des Marktes besser standhalten als große Unternehmen.

KMU sind in ihrer Finanzierungssituation sehr stark abhängig von Bankkrediten also indirekt auch von den Basel Bestimmungen für Banken betroffen. Eine reine Eigenkapitalfinanzierung ist für KMU oft nicht möglich, dazu kommen noch erhöhte Transaktionskosten und allgemein ein erschwerter Zugang zum Finanzmarkt. Zwar sanken die Zinsen in Folge des fallenden Leitzinssatzes, jedoch kommen wachsende Kreditnebenkosten und Kreditaufschläge für KMU belastend dazu. Allgemein ist die Konjunkturlage ausschlaggebend für die Vergabe von Krediten, dies gilt in jedem Fall für mittlere Unternehmen, da sie gegenüber kleinen Unternehmen auch noch gewisse Vorteile durch die Unternehmensgröße besitzen.

Die österreichischen KMU waren unmittelbar nach dem Einfall der Krise, also im Jahr 2009, im Hinblick auf Angaben zur Geschäftslage, Auftragseingänge, Umsatzentwicklungen, Umsatzerwartungen und Ertragslage stark betroffen und beschrieben in einer Studie der Creditreform Austria eine Verschlechterung in den

genannten Bereichen. Der Bereich der Investitionsbereitschaft hat sich nach eigenen Angaben der Unternehmer noch nicht erholt. Ebenso berichten die KMU von erhöhter Schwierigkeit bei der Unternehmensfinanzierung noch vor dem Einbruch der Wirtschaftskrise. Insgesamt kann man aber von einer verbesserten Konjunkturlage sprechen.

Fest steht, dass KMU auf Förderungen angewiesen sind. Die EU greift dies nach dem Motto "think small first" durch den Small Business Act und zahlreiche Förderprogramme auf, sie spricht des Weiteren Empfehlungen für die Mitgliedstaaten aus, und unterstützt durch eigene (Mikro) Kredite, Zuschüsse, Bürgschaften oder Haftungen.

Neben der EU gibt es auch interne Subventionen von Staaten. Im Falle von Österreich ist die Austria Wirtschaftsservice als Förderbank des Bundes mit dieser Aufgabe betraut. Sie steht als Zwischenglied neben dem Staat und den Unternehmern und bietet eine Reihe an Förderungsinstrumenten wie Innovationsförderung, Unterstützung von Gründern oder beispielsweise Haftungsvergaben und Erp-Kredite.

Die turbulenten Zeiten für Unternehmer sind jedoch noch nicht vorbei, KMU sind einerseits dazu angehalten, ihrer Finanzierungspolitik erhöhte Aufmerksamkeit beizupflichten und die Förderstellen andererseits dazu, ihre Maßnahmenpolitik weiterhin zu adaptieren.

12 Lebenslauf

Katharina Luger

luger.wien@gmail.com

*10/01/1986, Wien

Hochschulbildung

seit 10/2010	Bachelorstudium Sprachkunst Universität für Angewandte Kunst Wien
10/2004- 10/2011	Diplomstudium der Internationalen Betriebswirtschaftslehre Universität Wien
02/2009- 07/2009	Auslandssemester (Erasmus) ISCTE Lisboa, Portugal

Schulbildung

09/1997- 06/2004	Neusprachliches Gymnasium pGRg Kenyongasse Mater Salvatoris Wien
---------------------	---

Sonstiges

07/2011	Startstipendium für Literatur Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
11/2009	Publikation „Constantin“ in etcetera, LitArena 4 Literaturpreis 2009

- 09/2008 Publikation „Kleine Worte und das Verschwundene“
in „Wortlaut 08. Der Fm4 Literaturwettbewerb. Verspielt“, Hrsg.
Bereuter/Gollackner. Verlag: Luftschacht
- 09/2007 Lesung „Rund um die Burg“
im Rahmen der Schule für Dichtung